# DER 4. MÄRZ 1919

# ZUR HERAUSBILDUNG SUDETENDEUTSCHER IDENTITÄT

## Von Karl Braun

### Von "höheren Ichs"

Mit Ende des Ersten Weltkriegs ging eine ganze Welt unter. Die österreichischungarische k. u. k. Monarchie brach zusammen, alle Pläne einer Reorganisation der Doppelmonarchie waren Makulatur, ehe sie auch nur zu Papier gebracht werden konnten. Anfang November 1918 wußte niemand, wie die Landkarte der ehemaligen Doppelmonarchie ein Jahr später aussehen würde.

Die aus dem Hauptproblem der Doppelmonarchie, den Nationalismen, resultierende Dynamik des Zerfalls hat Robert Musil in seinem großangelegten Abgesang auf "Kakanien" "Der Mann ohne Eigenschaften" so zu charakterisieren versucht: "Es war durchaus nichts in Kakanien geschehen, und früher hätte man gedacht, das sei eben die alte, unauffällige kakanische Kultur, aber dieses Nichts war jetzt so beunruhigend wie Nichtschlafenkönnen oder Nichtverstehenkönnen. Und darum hatten es die Intellektuellen leicht, nachdem sie sich eingeredet hatten, das werde in einer nationalen Kultur anders sein, auch die kakanischen Völker davon zu überzeugen. Das war nun eine Art Religionsersatz oder ein Ersatz für den guten Kaiser in Wien oder einfach eine Erklärung der unverständlichen Tatsache, daß die Woche sieben Tage hat. Denn es gibt viele unerklärliche Dinge, aber wenn man seine Nationalhymne singt, so fühlt man sie nicht."

Das Auseinanderbrechen der k. u. k. Monarchie wurde vom Absingen vieler nationaler Lieder und Hymnen begleitet und übertönt. Im Zentrum für die Neuordnung dieses zerfallenden Imperiums stand das vom nordamerikanischen Präsidenten Wilson in seinen 14 Punkten ausgegebene Zauberwort vom Selbstbestimmungsrecht der Völker in nationalstaatlicher Organisation. Die Zeit übernational sich gebenden Kaisertums war endgültig vorbei. Doch die Aufteilung in Nationalgebilde brachte größere Schwierigkeiten mit sich, als sie sich ein amerikanischer Präsident in seinem ganz anders strukturierten Land hätte träumen lassen. Die ethnischen Grenzen ließen sich meist nicht einfach mit neu gezogenen Staatsgrenzen zur Deckung bringen. Kleinere historische Einheiten, die irgendwann von den Habsburgern einverleibt worden waren, beanspruchten von neuem ihr Recht auf Eigenstaatlichkeit, obwohl ihre Grenzen keineswegs mit ethnischen Grenzen zusammenfielen.

Die Schwierigkeiten, neue funktionsfähige Staatsgebilde entstehen zu lassen, waren enorm: Zu unterschiedlich waren die verschiedenen Interessen und Ausgangspositio-

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Musil, Robert: Gesammelte Werke in 9 Bd. Hrsg. v. Adolf Frisé. Reinbek 1978, hier Bd. 2, 529.

nen, der materielle Druck am Ende des Ersten Weltkrieges und die Drohung oder Verheißung revolutionärer Veränderungen, die sozialen Klassenlagen und Identitäten, gebildet aus historischem Bewußtsein, aus ethnisch abgeleiteter Selbstüberschätzung oder gekränktem Nationalstolz. Die Beseitigung "Kakaniens", dieses langen kulturellen und politischen Kontinuums, war keine leicht zu bewerkstelligende Aufgabe. 68 Jahre lang, von 1848–1916, hatte Kaiser Franz Josef regiert: für Generationen hatte dieser Kaiser die Idee Österreich-Ungarns verkörpert und ein relativ friedliches Zusammenleben garantiert. Sein 1916 auf den Thron gekommener Nachfolger Karl konnte gegen dieses übermächtige Vorbild kaum bestehen; an Kaiser Franz Josef seit Kindheit gewöhnt, endete für viele seiner Untertanen die Loyalität zum Kaiserreich mit seinem Tode und die immer vorhanden gewesenen Unterschiede bekamen durch diesen Tod und die Erfahrungen des Ersten Weltkriegs ganz neue Schärfe.

Noch einmal Robert Musils Blick auf die Kakanier: "Die Menschen dort hatten einander recht gern; sie schlugen sich zwar die Köpfe ein und bespien einander, aber das
taten sie nur aus Rücksichten höherer Kultur, wie es ja auch sonst vorkommt, daß ein
Mensch, der unter vier Augen einer Fliege nicht wehtun mag, unter dem Bild des
Gekreuzigten im Gerichtssaal einen Menschen zum Tode verurteilt. Und man darf
wohl sagen: Jedesmal, wenn ihre höheren Ichs eine Pause machten, atmeten die Kakanier auf und fühlten sich als brave Eßwerkzeuge, zu denen sie gleich alle Menschen
geschaffen waren, sehr erstaunt über ihre Erfahrungen als Werkzeuge der Geschichte "<sup>2</sup>

## Tschechen und Deutsche in Böhmen 1918

Im nördlichen Teil Zisleithaniens, der das Königreich Böhmen, die Markgrafschaft Mähren und das Herzogtum Österreich-Schlesien umfaßte, sahen die Tschechen den günstigen Augenblick und die politische Konstellation, einen eigenen Nationalstaat zu errichten. Das tschechische Volk, dessen Oberschicht nach der Niederlage am Weißen Berg 1620 eliminiert oder völlig ins Abseits gedrängt worden war, bildete die einzige wirklich "von unten" <sup>3</sup> aufgebaute Gesellschaft; das bedingte die Orientierung auf demokratisch verfaßte Staatsformen. Dennoch stellte die Perspektive voller Eigenstaatlichkeit etwas Unvorhergesehenes dar, auf das zu Beginn des Krieges nicht einmal der härteste Kern tschechischer Nationalisten zu hoffen gewagt hatte.

Das tschechische Volk stand durch die geschickte Politik des im Exil lebenden Philosophen und ehemaligen Abgeordneten im österreichischen Reichsrat, Tomas G. Masaryk, am Ende des Ersten Weltkriegs auf seiten der Sieger, welche die Forderung nach einem eigenen tschechischen Staat unterstützten. Der Jubel über ein eigenes Gemeinwesen, das demokratisch organisiert sein würde, war, da völlig unerwartet, besonders stark und führte zu einem nationalen Freudentaumel, einer "Euphorie der Freiheit", die in nationalistischem Überschwang ihren Ausdruck fand.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ebenda 529f.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Patočka, Jan: Was sind die Tschechen. In: ders.: Ausgewählte Schriften Bd. 5; Schriften zur tschechischen Kultur und Geschichte. Hrsg. v. Klaus Nellen, Petr Pithart und Miloš Pojar. Stuttgart 1992, 29–106, hier 35 und 77.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Valenta, Jaroslav: Der Bruch zwischen Deutschen und Tschechen in den böhmischen

Die Tschechen beanspruchten für ihren Staat die historischen Grenzen der böhmischen Krone, gleichzeitig suchten ihre weitblickendsten Vertreter die Öffnung nach Osten, um gemeinsam mit den Slowaken in dem neuen Staatsgebilde eine solide slawische Mehrheit samt wirtschaftlicher Öffnung bis hin nach Rußland zu bekommen. Die relativ junge Idee einer Tschechoslowakei war Wirklichkeit geworden.

Schwieriger war der Stand der deutschen Bevölkerung in diesen Gebieten. Die Deutschen der Donaumonarchie hatten sich als Staatsnation gefühlt und sich – ausgenommen die in der Sozialdemokratie organisierte Arbeiterschaft – mit Doppelmonarchie und Kaisertum identifiziert. Die Idee der Existenz in einem tschechischen Staat mußte für sie gewiß absurd erscheinen; die mehrheitlich deutschen Gebiete gehörten in ihrem Selbstverständnis einfach zu Deutschösterreich. Doch nun fanden sie sich auf seiten der Verlierer und mußten erst lernen, daß der Stand des Verlierers und der Minderheit ein völlig anderer ist als der der Gewinner und der Mehrheit, zu der sie vorher gehört hatten.

Die in vielen Teilen der deutschen Bevölkerung herrschenden Vorurteile gegenüber den Tschechen, gemischt auch mit althergebrachter Arroganz, verbot es, sich ein Leben in einem tschechisch dominierten Staat auch nur zu denken; ein Verzicht auf die führende Rolle des Deutschtums war für sie unvorstellbar. Angliederung an einen deutschen Staat, Deutsches Reich oder Deutsch-Österreich, oder aber autonome Eigenstaatlichkeit, so lautete die Alternative für die deutschen Politiker in den böhmischen Ländern. Das starre Beharren auf der irredentistischen Position wies einem Autonomiestatus oder einer Konföderation in einem tschechoslowakischen Staat einen Platz zu, der für sie schon jenseits denkbarer Möglichkeiten lag.

Am 28. Oktober 1918 hatte in Prag der tschechische Nationalausschuß die Regierungsgewalt übernommen und einen souveränen tschechoslowakischen Staat ausgerufen. Die Proklamierung des neuen Staates war zwar geschehen, doch waren Anfang November Grenzen und Staatsaufbau noch völlig ungewiß<sup>5</sup>.

Die am 31. Oktober 1918 proklamierte Republik Ungarn beanspruchte aufgrund historischen Rechts die Slowakei als oberungarische Provinz für ihr Staatsgebiet. In Wien hatte sich die Republik Deutschösterreich gebildet, die jedoch Teil des Deutschen Reiches werden wollte. Am 29. Oktober erklärte sich Deutschböhmen, am 30. Oktober Schlesien und Nordmähren unter dem Namen Sudetenland als Bestandteil Deutschösterreichs. Deutsch-Südmähren schloß sich Niederösterreich, der Böhmerwaldgau Oberösterreich an.

Ländern im Jahre 1918. In: Češi a Němci. Historická tabu/Tschechen und Deutsche. Historische Tabus. Hrsg. von Nadace Bernarda Bolzana und Ackermann-Gemeinde. Praha 1995, 62–71, hier 63.

Die Abtretung einiger Gebiete an Deutschland war durchaus in der Diskussion wie auch "die Bildung von zwei bis drei selbständigen Gauen mit deutscher Mehrheit"; vgl. Kural, Václav: Die Tschechoslowakei als Nationalstaat. In: Das Scheitern der Verständigung. Tschechen, Deutsche und Slowaken in der Ersten Republik 1918–1938. Hrsg. v. Jörg K. Hoensch und Dušan Kováč. Essen 1994, 63–70 hier 63 f. Zur Frage der Staatsform, z. B. die Diskussion um eine tschechoslowakische konstitutionelle Monarchie, siehe Lipták, L'ubomír: Der "Krach" der tschechoslowakischen Staatsidee. In: Hoensch/Kováč (Hrsg.): Scheitern der Verständigung 43–49, hier 44.

Die endgültige Grenzziehung konnte nur auf einer Friedenskonferenz und unter der Garantie der Entente zustandekommen. Allen war klar, die Ergebnisse einer Friedenskonferenz würden mindestens ein halbes Jahr oder noch länger auf sich warten lassen. Nun ging es darum, vollendete Tatsachen zu schaffen, um sich bei der Friedensregelung eine möglichst gute Ausgangsposition zu sichern. Als sinnvolle und also beste Strategie erschien es, Maximalforderungen zu stellen und diese, soweit möglich, durchzusetzen.

Die "Zweivölkergemeinschaft" der böhmischen Länder war durch diese Situation grundsätzlich in Frage gestellt. Die Anforderungen der "höheren Ichs" hatten den lange schon schwelenden Konflikt zwischen den beiden Völkern offen ausbrechen und sie in einen Gegensatz geraten lassen, der an sich schon schier unüberbrückbar schien.

In diesem schwierigen Moment fallen am 4. März 1919 in mehreren Städten Deutschböhmens und des Sudetenlandes verhängnisvolle Schüsse. Aus Anlaß des Zusammentritts der deutsch-österreichischen Nationalversammlung in Wienhatten die deutschen Sozialdemokraten in den von der Tschechoslowakei reklamierten Gebieten zu einem eintägigen Generalstreik aufgerufen, denen andere Parteien sich anschlossen. Im aufgeladenen Klima der Massenversammlungen der für ihr Selbstbestimmungsrecht demonstrierenden Deutschen kommt es in einigen Orten dazu, daß tschechisches Militär das Feuer auf die Demonstranten eröffnet.

Über gegenseitige, offen oder verdeckt vorgetragene Schuldzuweisungen ist man trotz der vielen Schwerverletzten und 56 Toten – 54 Deutsche, darunter viele Frauen und Kinder, sowie 2 tschechische Soldaten<sup>7</sup> – bislang nicht hinausgekommen; eine genaue historische Erforschung der Ereignisse hat gerade erst begonnen<sup>8</sup>. Die Schüsse des 4. März markieren ein Trauma, das die Beziehung der Tschechen und Deutschen der böhmischen Länder zu Beginn der Tschechoslowakei gravierend verschärfte.

<sup>&</sup>lt;sup>6</sup> Prinz, Friedrich: Geschichte Böhmens 1848–1948. Frankfurt/M.-Berlin 1991, 376. Für die Zeit von 1918 siehe Křen, Jan: Konfliktní společenství. Češi a Němci 1780–1918 [Konfliktgemeinschaft. Tschechen und Deutsche 1780–1918]. Praha 1990.

Nicht einmal die Zahl der Toten des 4. März 1919 ist genau geklärt. Normalerweise wird von 54 Deutschen und 2 Tschechen gesprochen, das ist aber eine Zahl, die nachträglich an Verletzungen Verstorbene nicht miteinschließt. In: Deutsche Gesandtschaftsberichte aus Prag. Teil 1. Von der Staatsgründung bis zum ersten Kabinett Beneš 1918–1921. Hrsg. von Manfred Alexander. München-Wien 1983, 159f., liest man: "Die Zahl der bis zum 6. März aus Anlaß dieser Vorgänge erschossenen Deutschböhmen ist auf 72 gestiegen. Die Zahl der Verwundeten soll sich auf annähernd 400 belaufen." Lem berg, Hans: Das östliche Europa. In: Das Jahr 1919 in der Tschechoslowakei und in Ostmitteleuropa. Hrsg. v. Hans Lemberg und Peter Heumos. München 1993, 33–50, hier 33, gibt an: "Die Angaben schwanken zwischen 40 und 72 Toten; die Zahl 54 dürfte wohl richtig sein, darunter ein tschechischer und ein deutscher Soldat." Bei Kural, Václav: Konflikt místo společenství? Češi a Němci v československém státě (1918–1938) [Konflikt statt Gemeinschaft? Tschechen und Deutsche im tschechoslowakischen Staat (1918–1938)]. Praha 1993, 15, heißt es knapp: "Celkem 53 mrtvých, zu toho 2 vojáci, ostatní vesměs Němci: nejvíc v Kadani (25) a Moravském Šternberku (16)."

Eeider existiert keine – weder deutsche (nicht einmal von sudetendeutscher Seite) noch tschechische – wissenschaftlich-historische Monographie zu den Ereignissen des 4. März 1919.

Die Folgen dieses Traumas sind bis heute nicht aufgelöst und besitzen noch immer Wirksamkeit; denn um dieses Ereignis herum – so lautet die zentrale These dieses Essays – hat sich die *Identität der Deutschen der böhmischen Länder* als *Sudetendeutsche* erst herauskristallisiert.

# Die Zeit zwischen Staatsgründung und Generalstreik

Auf die Staatsproklamation der Tschechoslowakei reagierten die mehrheitlich deutschen Gebiete, die sich nicht direkt an Deutschösterreich (Böhmerwald, Südmähren) anschlossen, mit der Erklärung autonomer Provinzen innerhalb Deutschösterreichs: Deutsch-Böhmen und das Sudetenland (Nordmähren und Schlesien).

Bereits am Tag nach der Autonomie-Erklärung Deutsch-Böhmens, am 30. Oktober 1918, kam Rudolf Ritter Lodgman von Auen, der als Parteiloser von den deutschböhmischen Abgeordneten zum Landeshauptmann gewählt worden war, nach Prag, um sich mit Vertretern des Tschechischen Nationalausschusses zu treffen. Fünf Tage später fand sich auch sein Stellvertreter, der Führer der Sozialdemokratischen Partei Deutschböhmens, Josef Seliger, in Prag zu Verhandlungen ein. Beide Gesprächsrunden endeten ergebnislos.

Die Tatsache der beiden Treffen zeigt die Verhandlungsbereitschaft der tschechischen Seite; laut Jaroslav Valenta gab es sogar "dreimal das Angebot [...] zur Teilnahme an der neuen Staatsmacht"? Die tschechische Seite argumentierte mit und bestand auf der historischen Einheit der böhmischen Länder, welche die Deutschböhmen aus Angst vor tschechischem Übergewicht leichthin aufzugeben bereit waren.

Es stellt sich die Frage, was von Lodgman und Seliger eigentlich verhandelt werden sollte. Vom Gespräch Seligers ist der Satz überliefert, den ihm der tschechoslowakische Finanzminister Alois Rašín hingeworfen haben soll und der, wie Rudolf Hilf anmerkt, "den Tschechen Jahrzehnte lang vorgehalten" <sup>10</sup> wurde: "Mit Rebellen verhandeln wir nicht." Dieser apodiktisch klingende Satz hat wahrscheinlich in der kommunikativen Situation ganz anders geklungen. Paul Molisch, der 1932 das Buch "Die sudetendeutsche Freiheitsbewegung in den Jahren 1918–1919" veröffentlicht hat und der eine strikt deutschnationale Position einnimmt, schreibt dazu: "Die Weigerung Rašíns, mit 'Rebellen' zu verhandeln, wurde von Stříbřný noch durch die Äußerung ergänzt: 'Wenn Sie erklären, daß Sie bei Böhmen bleiben wollen, so können wir

<sup>&</sup>lt;sup>9</sup> Valenta, Jaroslav: Deutsch/sudetendeutsch-tschechische Beziehungen in der Literatur der letzten Jahre. In: Češi a Němci. Ztracené dějiny? / Tschechen und Deutsche. Verlorene Geschichte? Hrsg. v. Nadace Bernharda Bolzana und Ackermann-Gemeinde. Praha 1995, 114–139, hier 118.

Hilf, Rudolf: Die Auflösung der böhmischen Symbiose durch den tschechischen und deutschen Nationalismus. In: Bayerisch-böhmische Nachbarschaft. Koord. v. Frank Boldt und Rudolf Hilf. München 1992, 157–190, hier 160. Weitere Literatur zu diesem umstrittenen Satz ist angegeben bei Valenta: Bruch 66. Wenzel Jaksch sagt am 28. September 1941: "Wenn damals die fatalen Worte nicht gefallen wären "Mit Rebellen verhandeln wir nicht", dann hätte man zwanzig Jahre später nicht mit Henlein soviel verhandeln müssen." In: Češi a sudetoněmecká otázka 1939–1945. Dokumenty [Die Tschechen und die sudetendeutsche Frage 1939–1945. Dokumente]. Hrsg. v. Jitka Vondrová. Praha 1994, 125.

schon jetzt Vereinbarungen treffen, welche Ihren augenblicklichen Bedürfnissen entsprechen. "11 Die Bezeichnung Rebellen bezieht sich auf die Autonomie-Erklärung Deutschböhmens, die von tschechischer Seite nicht akzeptiert werden konnte. Würden die Deutschen jedoch - das Wie müßte später geregelt werden - bei Böhmen bleiben wollen, dann allerdings könne verhandelt werden. Genau das aber wollten die Deutschen nicht, denn dies wäre einer Anerkennung der Tschechoslowakei auch auf deutschem Territorium gleich gekommen. Man fragt sich, warum der Landeshauptmann und sein Stellvertreter dann überhaupt nach Prag gekommen waren? Um von der Zentralregierung die Unabhängigkeitserklärung absegnen zu lassen? Das ist unwahrscheinlich. Jiří Stříbrnýs Äußerung über "augenblickliche Bedürfnisse" Deutschböhmens führt in eine andere Richtung. Ein Winter nach vier Kriegsjahren stand vor der Tür, die sowieso schon angespannte Versorgungslage mußte sichergestellt werden. Deutschböhmen, wirtschaftlich seit Jahrhunderten in das größere Gebilde eingebunden, konnte nur unter großen Schwierigkeiten für sich allein existieren. Das deutsche Reich war zu geschwächt und nicht gewillt, in ehemalige Belange Österreich-Ungarns einzugreifen; Deutschösterreich war weit weg und außerdem, angesichts des bevorstehenden Winters - Kälte im Wohnraum heizt die Revolution an -, auf Kohle aus der Tschechoslowakei angewiesen.

Glaubten die deutschböhmischen Vertreter wirklich, daß sich in Prag wirtschaftliche Belange<sup>12</sup> verhandeln ließen, ohne in der Kernfrage, der angestrebten Nicht-Eingliederung in die Tschechoslowakei, Zugeständnisse machen zu müssen? Falls das der Zweck ihrer Reise nach Prag gewesen sein sollte, dann war das Scheitern von vornherein vorprogrammiert.

Molisch berichtet auch, daß Masaryk noch von Amerika aus versuchte, mit Lodgman Kontakt aufzunehmen. Der Bürgermeister einer ungenannten deutschböhmischen Stadt berichtete am 13. Dezember 1918 an Lodgman: "Am 11. ds. erschien ein Advokat unserer Stadt bei mir am Bürgermeisteramte und teilte mir mit, daß er mit hiesigen Tschechenführern (darunter dem tschechoslowakischen Regierungskommissär) eine private Unterredung hatte. Im Verlaufe dieser Unterredung wurde die Ansicht ausgesprochen, daß das Verhältnis zwischen Deutschen und Tschechen in Böhmen bestimmt geregelt werden könnte, wenn zwei führende Persönlichkeiten beider Parteien zusammenkämen und leidenschaftslos den ganzen Komplex der Deutschböhmen betreffenden Fragen besprächen. Als berufene Vertreter wurden Sie, geehrter Herr Landeshauptmann, und Präsident Masaryk genannt. Einer der Tschechen, der mit letzterem gut bekannt ist, erbot sich ganz unverbindlich, eventuell eine Begegnung zwischen Ihnen und Dr. Masaryk in einer deutschen Stadt Nordböhmens herbeizuführen, um Gelegenheit zu einer solchen Besprechung zu schaffen. "<sup>13</sup>

Molisch, Paul: Die sudetendeutsche Freiheitsbewegung in den Jahren 1918–1919. Wien-Leipzig 1932, 27.

<sup>&</sup>lt;sup>12</sup> Ich halte es für fraglich, ob Lodgman und Seliger Anfang November 1918 wirklich (siehe z.B. bei Prinz: Geschichte 378), eine "Vertretung im Nationalausschuß und in Kramářs erstem Kabinett" angestrebt haben; denn eine solche Forderung hätte sich zu ihrer Politik der strikten Durchsetzung deutscher Selbständigkeit kontraproduktiv verhalten.

Molisch, Paul: Vom Kampf der Tschechen um ihren Staat. Wien-Leipzig 1929, 154f. Der

Lodgmans Antwortschreiben war ablehnend: "Daß eine leidenschaftslose Erörterung der ganzen Frage gewiß von Wert wäre, kann keinem Zweifel unterliegen. Es fragt sich nur, auf welcher Grundlage sich diese Erörterungen bewegen sollen, ob auf jener der Selbstbestimmung oder auf jener der Einverleibung. Ich scheue derartige Erörterungen gewiß nicht, wenn ich auch bezweifle, daß sie im gegenwärtigen Zeitpunkte zu einem Erfolge führen würden." <sup>14</sup> Als Lodgman dieses Angebot Masaryks erhielt, stand es um die deutsche Sache schon entschieden schlechter als noch zu Beginn des Novembers 1918. Lodgman selbst war schon im Aufbruch ins Wiener Exil. Desto erstaunlicher erscheint die brüskierende Form der Ablehnung.

Am 14. November trat in Prag die Revolutionäre Nationalversammlung aus ernannten, nicht gewählten Vertretern zusammen. Die Tschechoslowakei wurde zur Republik erklärt, die Nationalversammlung aus 214 Vertretern aller tschechischen Parteien und 42 kooptierten slowakischen Mitgliedern übernahm die Aufgaben eines Parlaments und wurde zugleich mit der Ausarbeitung einer Verfassung betraut. Die Minderheiten des neuen Staates, dessen Grenzen noch nicht feststanden, waren für die verfassunggebende Versammlung nicht berücksichtigt worden; es ist auch mehr als fraglich, ob diese aufgrund der irredentistischen Position etwa für sie freigehaltene Sitze überhaupt angenommen hätten.

Tschechische Truppen hatten am 10. November 1918 mit der Besetzung deutscher Gebiete begonnen, die zum Jahresende abgeschlossen war. Die deutschböhmischen Führer taten so, als sei auch nach der Besetzung eine Art Patt-Situation vorhanden, und vertrauten auf die Gerechtigkeit in der Anwendung des Selbstbestimmungsrechts; objektiv gesehen aber saß der neue tschechoslowakische Staat als Angehöriger der siegreichen Entente von Anfang an am längeren Hebel.

Die Besetzung vollzog sich ohne nennenswerten Widerstand. Deutschösterreich, das sich nicht die Altlasten der Habsburger Monarchie aufhalsen wollte, bot den Deutschböhmen und Sudetenländlern keinen "substantiellen Rückhalt an Wien" <sup>15</sup>. Auch die Deutschradikalen und Deutschnationalen, die einer bewaffneten Erhebung nicht negativ gegenüberstanden, befanden sich in der Klemme: Jeder Schritt in dieser Richtung hätte bei der starken Position der Sozialdemokraten unter den Deutschböhmen zur sozialistischen Revolution führen können. Die Sozialdemokraten erwarteten, daß sie in Kürze sowieso überall die Macht übernehmen würden. Noch im November 1918 verkündete Josef Seliger als Führer der Sozialdemokraten in Teplitz, "… noch seien in den Entente-Staaten die bürgerlichen Chauvinisten am Ruder, aber: "Den Frieden schließen werden die Vertreter der europäischen sozialistischen

Bürgermeister, der dieses Angebot an Lodgman überbringt, bleibt bei Molisch ungenannt. Dennoch dürfte an der Richtigkeit des Angebots kein Zweifel bestehen, da ein solches Angebot eher nicht in die strikt deutschnationale Position des Autors paßt. Zu Masaryks Position siehe auch Brügel, Johann Wolfgang: Tschechen und Deutsche 1918–1938. München 1967, 158 ff., sowie Schmidt-Hartmann, Eva: T.G. Masaryk und die Deutschen in Böhmen. In: Deutsche in den böhmischen Ländern. Bd. 2. Hrsg. v. Hans Rothe. Köln-Weimar 1993.

Molisch: Kampf 155.

Höbelt, Lothar: Deutschösterreich und die Sudetendeutschen. In: Lemberg/Heumos (Hrsg.): Das Jahr 1919, 159-166, hier 161.

Republiken!" <sup>16</sup> Doch auch die Sozialdemokraten fürchteten, daß sie bei bewaffneten Auseinandersetzungen die Kontrolle verlieren könnten und daß sich statt sozialistischer Republik ein bolschewistisches Räte-Deutschböhmen installieren könnte <sup>17</sup>.

Sowohl Lodgman wie auch Seliger spielten zwar in verschiedenen Varianten mit dem Gedanken an bewaffneten Widerstand, die Masse der Bevölkerung zeigte wenig Interesse an solchen Planspielen <sup>18</sup>; war doch zumindest durch die tschechische Besetzung die Versorgung einigermaßen gewährleistet. Die Form der Besetzung allerdings, das Zur-Schau-Stellen von Stärke, gemischt mit Überheblichkeit, sowie die Mißachtung der deutschen Verwaltungen, erbitterte die deutsche Bevölkerung gegen das tschechische Militär <sup>19</sup>. Dennoch: "Die Einheitsfront gegen die tschechischen Besatzer", schreibt Friedrich Prinz, "war aber keineswegs so kompromißlos, wie dies nach außen hin erscheinen mochte. Vor allem dem industriellen deutschen Bürgertum lagen die eingespielten wirtschaftlichen Verbindungen zum tschechischen Böhmen näher als die Erfüllung großdeutscher Hoffnungen." <sup>20</sup> Bei Molisch heißt es: "Nach der Besetzung Deutschböhmens durch die Tschechen verwahrte sich die Industrie in ihrer überwiegenden Mehrheit niemals ernstlich gegen die Eingliederung in den tschechischen Staat, geschweige denn, daß sie mit Nachdruck und Folgerichtigkeit für die Freiheit Deutschböhmens eingetreten wäre." <sup>21</sup>

Die Politik, die die Führer Deutschböhmens und des Sudetenlands verfolgten, war in eine Sackgasse geraten. Das Land war ohne nennenswerte Schwierigkeiten militärisch besetzt worden; sowohl Verwaltung wie Bevölkerung zeigten sich durchaus zur Kollaboration bereit: hier offenbart die traditionelle Einheit Böhmens ihr ganzes Gewicht. Vom Wiener Exil aus ließen sich die deutschen Landesteile, die untereinander ohne Verbindung um das tschechische Gebiet herumgruppiert waren, schlecht koordinieren; Kontakte auf internationaler Ebene mußten erst geknüpft werden, wobei sich die Zugehörigkeit zu den Verlierermächten negativ bemerkbar machte; die Lobby für die Deutschen in den böhmischen Ländern war gering, während die Tschechoslowakei einflußreiche Verbündete, vor allem in Frankreich, besaß. Von seiten der deutschen Politiker Böhmens geschah wenig mehr, als in Reden immer wieder das Selbstbestimmungsrecht zu beschwören. Ernsthafte Verhandlungen über einen Status innerhalb der tschechoslowakischen Republik unterblieben völlig.

Das Prager Tagblatt vom 12. Januar 1919 hatte einen Artikel Josef Seligers aus der Zeitung "Freiheit" mit dem Titel "Verhandelt! Verhandelt!" kritisiert, der so geendet

Zitiert nach e b e n d a 163.

Die bolschewistischen Gruppierungen vertraten das Selbstbestimmungsrecht für Minderheiten am radikalsten.

<sup>&</sup>lt;sup>18</sup> Zum bewaffneten Widerstand siehe Molisch: Freiheitsbewegung 95f. Auch Alexander (Hrsg.): Gesandtschaftsberichte 145f., wo Lodgman vom Deutschen Reich die Angung von "Waffenlagern zum Selbstschutz" erbittet. Zur "Gleichgültigkeit" der Bevölkerung angesichts der Besetzung bei Molisch: Freiheitsbewegung 118 ff., sowie in der Studie zu Karlsbad von Augustin, Milan: Karlsbad in den Jahren 1918 und 1919. Stifter Jahrbuch NF 8 (1994) 74–82, hier 77 ff.

<sup>&</sup>lt;sup>19</sup> Siehe hierzu z.B. Prager Tagblatt vom 29.1.1919, 1f., wo Berichte über Saaz und Brüx erschienen sind.

<sup>20</sup> Prinz: Geschichte 378.

<sup>21</sup> Molisch: Freiheitsbewegung 36.

hatte: "Worüber könnten wir also mit den Tschechen verhandeln? Über nichts anderes als über die Bedingungen, unter welchen wir uns der Herrschaft der tschechischen Bourgeoisie im tschechoslowakischen Staate unterwerfen wollen. "22 Am 18. Januar 1919 druckte das "Prager Tagblatt" eine Zuschrift Josef Seligers, worin er Verhandlungen erneut kategorisch zurückwies und die Verhandlungsbereitschaft der Prager Deutschen auf deren Angst zurückführte, sie könnten - würde Deutschböhmen selbständig - völlig assimiliert werden und verschwinden. Seliger fährt fort: "Alles Zureden zu den Deutschen in Böhmen "Verhandelt nur!", "Unterwerft Euch Eurem Schicksal, sonst kann es Euch auf der Friedenskonferenz noch schlechter ergehen' hat keine andere Tendenz - ob gewollt oder ungewollt - als die der Vorschubleistung der Politik der tschechischen Regierung. [...] Bangemachen, das, verehrte Redaktion, gestatten Sie mir zu sagen, ist eine - gelinde gesagt - schwere Versündigung am deutschen Volke, dessen Sache gestellt ist auf die Sache der Zukunft ganz Europas [...]. "23 Auf welch wackeligen Füßen die Hoffnung auf Gewährung von Gerechtigkeit im Falle Deutschböhmens stand, zeigt die Analyse, die die Antwort des "Prager Tagblatts" liefert:

"Vom wirtschaftlichen Standpunkte, den zu vertreten wir als eine unserer Hauptaufgaben ansehen, waren wir deshalb seit jeher leidenschaftliche Gegner der territorialen Trennung [...] Das Weltgericht in Paris ist nicht aus Engeln zusammengesetzt, am wenigsten aus deutsch-nationalen Engeln. Und deshalb rechnen wir damit, daß die Friedenskonferenz unter Clemenceaus Vorsitz unter Deutschböhmen wohl hoffentlich etwas anderes verstehen wird als die Tschechen - aber leider auch etwas anderes als die Deutschen [...] Wenn wir also voraussehen, daß die Friedenskonferenz den Tschechen eine Grenzlinie zugestehen wird, bei der die wichtigsten Kohlegebiete und wichtige Verkehrslinien in ihrer Hand bleiben und als Deutschböhmen ein Landstumpf ohne durchlaufende Bahnverbindung, ohne Kohle, ohne leistungsfähige Industrie übrigbleibt, so wollen wir damit Deutschböhmen nicht entmutigen, sondern von einem falschen Programm abbringen und es für das bessere Programm der Personalautonomie gewinnen. "24 Der Artikel schließt, daß es besser sei, eine starke Minderheit, "eine nicht zu entnationalisierende Minorität von vier Millionen zu bilden" als kleinere Rumpfstaaten, wie zum Beispiel Nordböhmen einer werden würde.

Doch eine solche Position des Ausgleichs fand bei den führenden Politikern Deutschböhmens kein offenes Ohr. Sie hatten alles auf eine Karte gesetzt und immer kompromißlos das Selbstbestimmungsrecht für den Anschluß an ein deutsches Territorium gefordert; jetzt war es schwierig, von der Maximalforderung Abstand zu nehmen, ohne das Gesicht zu verlieren.

Auch die tschechische Seite hielt an den Maximialforderungen fest, aufgrund der politischen Situation Anfang 1919 ist das auch nicht weiter erstaunlich. Allerdings bedurfte es einer sophistischen Argumentation, um den gleichzeitigen Anspruch auf die deutschen und slowakischen Gebiete zu begründen. Masaryk sagt in den Gesprächen mit Karel Čapek: "Nach dem historischen Staatsrecht hätten wir die Slowakei

Prager Tagblatt vom 12.1.1919, 1.
 Prager Tagblatt vom 18.1.1919, 1.

<sup>24</sup> Ebenda.

den Ungarn lassen müssen. Und schließlich war mir das historische Recht unsympathisch als Produkt des vorrevolutionären, reaktionären Deutschland." <sup>25</sup> Doch konnte die Eingliederung der deutschen Gebiete der böhmischen Länder nur aufgrund historischen Rechts erfolgen.

Auch Masaryk argumentierte damit. In der Antwort auf die Glückwünsche des Präsidiums der Nationalversammlung zum Jahreswechsel 1918/19 schreibt er:

"Es wird uns Imperialismus vorgeworfen, weil wir ein Losreißen des sogenannten 'Deutschen Gebietes' nicht zulassen wollen. [...] Wir wollen doch nichts erobern, was nicht uns gehört. Von Eroberungssucht kann keine Rede sein. Die Verbündeten haben den tschechoslowakischen Staat anerkannt und selbstverständlich in den historischen Grenzen. Über die Grenzen der tschechischen Länder kann es keinen Zweifel geben [...] Ich anerkenne das nationale Prinzip, ich anerkenne das Selbstbestimmungsrecht. Aber bei den gegebenen administrativen Verhältnissen gibt es Grenzen, welche durch die nationale Mischung gegeben sind und die eine gradlinige Abgrenzung ausschließen. Es können sich geographisch die deutschen Minoritäten nicht vereinigen, es können sich nicht die tschechischen Minoritäten vereinigen.

Es bleibt nichts übrig, als daß sie vereint bleiben und gerade vom volkswirtschaftlichen Standpunkte. Es ist auch ein sichtbarer Unterschied in der Selbstbestimmung der Völker: Wir Tschechen und Slowaken sind bis auf kleinere Minoritäten an den Grenzen die ganze Nation beisammen: unsere Deutschen sind keine ganze Nation, sondern deren Kolonisationsavantgarde. Es ist nicht unsere Schuld, daß die Deutschen ihre eroberungssüchtigen Kolonisten nach Osten schickten und auch zu uns in unser Land.

Dieser sprichwörtliche 'Drang nach Osten' muß aufgehalten werden, das ist doch die Aufgabe dieses schrecklichen Krieges und die Aufgabe des Friedens." <sup>26</sup>

Das sind harte Worte einer Minderheit gegenüber, zumal, wenn man diese in den neugegründeten Staat – was Masaryk immer wollte – einzubinden trachtete. Aber wahrscheinlich hat ihm weder nationale Euphorie noch ein Mangel an Kriterien zur Unterscheidung einer fest ansässigen Bevölkerung und einer "Kolonisationsavantgarde" – bei seiner ersten Rede in Prag am 22. Dezember hatte Masaryk von "Immigranten und Kolonisten" gesprochen<sup>27</sup> – die Feder geführt, sondern staatsmännisches Kalkül angesichts des deutschen Irrendentismus. Die "Immigranten-These" läßt die Einforderung der historischen Grenzen durch den neugegründeten Staat als konkurrenzlos erscheinen; Masaryk wußte, daß sowohl bei seiner Antrittsrede in Prag wie auch bei seiner ersten Neujahrsansprache die Weltöffentlichkeit zuhören würde. Masaryk läßt damit nach außen – die offizielle Grenzziehung durch die Friedenskonferenz mußerst noch stattfinden – keinen Zweifel an der Berechtigung der geforderten histori-

<sup>&</sup>lt;sup>25</sup> Čapek, Karl: Gespräche mit Masaryk. Mindelheim 1990, 103.

Rede abgedruckt im Prager Tagblatt vom 2.1.1919, 3. Im "Drang nach Osten" zitiert Masaryk indirekt Treitschkes "deutsche Mission". Siehe Masaryk i, Tomáš G.: Die Weltrevolution. Erinnerungen und Betrachtungen 1914–1918. Berlin 1925, 446 f.

Valenta: Deutsch/Sudetendeutsch 118, bezeichnet "Immigranten und Kolonisten" als "wirklich sehr wenig diplomatische Worte". Für die internationale Reaktion siehe die Besprechung der Reaktion der Londoner Times auf Masaryks Rede im Prager Tagblatt vom 4.1.1919, 1, unter dem Titel "Die Times: "Deutschböhmen ist ein schwieriges Problem".

schen Grenzen, während er nach innen, wie Ferdinand Seibt anmerkt, versucht hat, diese Redewendung von Immigranten und Kolonisten "bald abzuschwächen" <sup>28</sup>. Für die deutsche Minderheit allerdings mußten in der gegebenen Situation diese Aussagen wie in Feuer gegossenes Öl wirken.

Die Pläne über die Größe der Tschechoslowakei wuchsen in alle Himmelsrichtungen; man dachte an die einst böhmisch gewesene Lausitz und sogar an einen Korridor durch das Burgenland oder durch Ostungarn, um eine Grenze mit dem ebenfalls neu entstehenden Jugoslawien zu bekommen<sup>29</sup>. Am 2. Januar 1919 tagt der tschechoslowakische Ministerrat, den Hans Lemberg in "Die Tschechoslowakei im Jahr 1" so wiedergibt: "In streng vertraulicher Sitzung verhandelte hier das Kabinett Kramář, am Nachmittag auch unter Hinzuziehung Masaryks und der Fraktionsvorsitzenden, über die Richtlinien, die der Pariser Delegation für die demnächst beginnende Friedenskonferenz erteilt werden sollten. Es wurden vier Planvarianten hinsichtlich ihrer Vorteile und Risiken diskutiert. Als Hauptproblem erschien dabei: Je größer der Staat würde (beim Maximalplan ging es um Oberschlesien und um die Ausdehnung der Slowakei in Richtung Ungarn und Rumänien), desto stärker würde er durch nationale Minderheiten belastet. Es galt also ein Optimum zu finden: Die Wirtschaftskraft sollte möglichst groß sein, der Anteil der sogenannten Tschechoslowaken aber nicht unter 58 Prozent sinken, damit diese [...] ,den Staat noch beherrschen' können [...] den relativ expansivsten Standpunkt nahm Rašín ein, der sich aufgrund staatsrechtlicher Argumentation gegen jede Abtrennung deutscher Gebiete wandte; die Tschechoslowakei brauche sie entweder wegen der Industrie, der dort wohnenden tschechischen Minderheiten oder wenigstens der landschaftlichen Schönheit wegen. "30

Über die Rolle der Tschechen als Staatsvolk scheint überparteilicher Konsens geherrscht zu haben, während die Minderheitenfrage mehr als Zahlen- denn als inhaltliches Problem gehandelt wurde.

Anfang Februar wurde den Deutschen in den böhmischen Ländern die Beteiligung an der Wahl zur Deutschösterreichischen Nationalversammlung verboten. Vorbereitende Maßnahmen zu dieser Wahl standen unter Androhung des § 65 Störung öffentlicher Ruhe und Hochverrat. In einem Geheimerlaß wurden die Behörden angewiesen, "mit schärfsten Mitteln einzuschreiten" <sup>31</sup>. Das Wahlergebnis in Deutschösterreich steht am 20. Februar 1919 fest, als Sieger gehen die Sozialdemokraten hervor. In Deutschböhmen herrscht Ratlosigkeit. Soll man Notwahlen durchführen oder soll man nach Parteiproporz ernannte Volksvertreter ins deutschösterreichische Parlament entsenden? Die Sozialdemokraten sind gegen Ernennungen <sup>32</sup>; das deutsch-

Seibt, Ferdinand: Deutschland und die Tschechen. Geschichte einer Nachbarschaft in der Mitte Europas. München-Zürich 1993, 248.

Siehe hierzu die von Beneš der Friedenskonferenz am 5. Februar 1919 vorgelegte Landkarte, wiederabgedruckt in H a d l e r, Frank: Die Tschechoslowakische Republik in den Akten der deutschen Waffenstillstandskommission von 1919. BohZ 36 (1995) 388–396, hier 389.

Lemberg, Hans: Die Tschechoslowakei im Jahre 1. Der Staatsaufbau, die Liquidierung der Revolution und die Alternativen 1919. In: Lemberg/Heumos (Hrsg.): Das Jahr 1919, 225-248, hier 229.

<sup>31</sup> Prager Tagblatt vom 5.2.1919, 1.

Die Sozialdemokraten argumentierten, daß der Vorkriegsproporz nicht mehr den Nachkriegsverhältnissen entsprechen würde und daß sie deshalb unterrepräsentiert seien.

österreichische Parlament wird am 4. März ohne Vertretung der Deutschen der böhmischen Länder zusammentreten.

Am 25. Februar 1919 unternimmt die tschechoslowakische Regierung den entscheidenden Vorstoß, mit welchem – ohne die Ergebnisse der Friedenskonferenz abzuwarten – das Staatsgebiet über die militärische Besetzung hinaus de facto vereinheitlicht werden soll. Es handelt sich um das Gesetz zur Banknotenabstempelung und Vermögensabgabe <sup>33</sup>. Die alten österreichischen Banknoten werden in der Zeit zwischen 3. und 9. März 1919 zu einer neuen tschechoslowakischen Währung umgestempelt; die Hälfte des Wertes wird dabei einbehalten. Wer nicht abstempeln läßt, verliert sein ganzes Geld. Zur Durchführung dieser Maßnahmen wird für die Zeit vom 26. Februar bis 9. März 1919 eine allgemeine Grenzsperre für Personen- und Warenverkehr sowie eine Post-, Transportmittel- und Bankdepotsperre dekretiert <sup>34</sup>.

Deutschösterreich legt keinen Protest ein, sondern zieht nach und ordnet am 28. Februar ebenfalls die Banknotenabstempelung an. Das "Prager Tagblatt" vom 27. Februar stellt fest, daß ohne eine Entscheidung der Friedenskonferenz die "Verfügungen Dr. Rašíns [...] Bruch des Völkerrechts darstellen", und fragt, ob nicht eine stillschweigende Duldung dieser Verfügungen "dem Schein einer Zustimmung oder zumindest der Gleichgültigkeit gleichkäme" <sup>35</sup>. Der in Reichenberg erscheinende "Vorwärts. Sozialdemokratisches Tagblatt" spricht am 1. März von "deutscher Tributpflicht für den tschechischen Imperialismus [...] Der tschechische Staat führt ein flottes Leben. Viel Paraden, Feste, festliche Einzüge, Geburtstagsfeiern, feierliche Empfänge, dabei einen frischfröhlichen Eroberungskrieg und recht viel Militarismus, der täglich Millionen kostet". Und weiter: "Pflicht der Presse wäre es natürlich, gegen diese Maßnahmen der tschechischen Regierung ganz entschieden Stellung zu nehmen. Aber die Regierung hat dem schon vorgebeugt. Die Staatsanwaltschaften haben den Redaktionen mitgeteilt, daß es verboten ist, gegen diese finanziellen Maßnahmen des tschechoslowakischen Staates zu schreiben." <sup>36</sup>

Am 2. März 1919 wird behördlich das Erscheinen der "Bohemia", der größten deutschen Zeitung in den böhmischen Ländern, eingestellt. Sie kann erst wieder zum 1. Juli 1919 erscheinen.

Am 27. Februar hatte das Präsidium der Sozialdemokraten Deutschböhmens getagt. Der "Vorwärts" berichtet darüber: "Für die Arbeiterschaft ist, wie die Debatte ergab, der heutige Zustand zur Unerträglichkeit gesteigert, die Erbitterung

<sup>33</sup> Siehe hierzu Peroutka, Ferdinand: Budování státu. Československá politika v letech popřevratových [Das Erbauen des Staates. Tschechoslowakische Politik in den Jahren nach dem Umsturz]. 3. Bd. Praha 1991.

Prager Tagblatt vom 26. 2. 1919, 1.
 Prager Tagblatt vom 27. 2. 1919, 1.

Vorwärts. Sozialdemokratisches Tagblatt vom 1.3.1919, 1. Dieses Verbot läßt Valenta: Deutsch/Sudetendeutsch, 119, außer acht, wenn er den Ausdruck "die "völkerrechtswidrigen" wirtschaftlichen Maßnahmen der Prager Regierung [...], wie es im Aufruf steht" kritisiert. Weiter: "Wer von den Lesern wird verstehen, daß es um einen Protest gegen die Abstempelung der altösterreichischen Banknoten ging, welche so schnell wie möglich abgeschafft werden mußte, um die Währung des neuen Staates effektiv gegen die Inflation zu schützen [...] Letzten Endes kam die Abstempelung zum Nutzen aller, auch der Sudetendeutschen."

und Gereiztheit unter der Arbeiterschaft wächst in allen Teilen Deutschböhmens von Tag zu Tag, es tritt immer mehr die Notwendigkeit hervor, gegen diese Schwierigkeiten und Drangsalierungen den schärfsten Kampf aufzunehmen. Die Sitzung faßte den Beschluß, daß am Dienstag, dem 4. März während des Tages in den Bezirksstädten ganz Deutschböhmens Massenversammlungen stattfinden sollen, auf deren Tagesordnung folgender Programmpunkt zu setzen ist: Die Forderung Wilsons nach dem Selbstbestimmungsrecht und die Lage der Arbeiterschaft Deutschböhmens."<sup>37</sup>

Alle deutschen Gebiete der böhmischen Länder sowie alle deutschen Parteien schließen sich diesem Aufruf zum 4. März an: Aus den von den Sozialdemokraten einberufenen Massenversammlungen ist ein allgemeiner deutscher Generalstreik in Deutschböhmen und im Sudetenland (= Nordmähren und österreichisch Schlesien) geworden.

### Der 4. März 1919

Als der 4. März, Faschingsdienstag 1919, anbricht, sind die ersten Toten bereits zu beklagen. Am 3. März läßt der tschechoslowakische Militärinspektor für Westböhmen, Oberst Slezáček, einen Aufruf an die "Deutschen Mitbürger!" plakatieren. Darin heißt es:

"Gewissenlose Personen versuchen Euer klares Urteil zu trüben. Sie wiegeln Euch gegen den čechoslovakischen Staat auf, fordern Euch zu Demonstrationen und zum Streik auf und verlangen von Euch, daß Ihr durch Verweigerung der Banknotenabstempelung noch das Wenige, was Euch der Krieg gelassen hat, verliert und zu Bettlern werdet. [...] Eure falschen Ratgeber wollen Euch nur dem Hunger preisgeben und Euch um die Früchte jahrelanger Arbeit bringen, um im trüben fischen zu können [...]." Und dann, fett gedruckt, der Schluß: "Den Friedensstörern sage ich aber, daß ich, mit der Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung betraut, mit fester Hand und wo es nötig ist mit rücksichtsloser Strenge ihre verbrecherischen Absichten vereiteln werde." <sup>38</sup>

Am frühen Abend werden in Eger verschiedene junge Leute von tschechoslowakischem Militär verhaftet, weil sie solche Plakate abgerissen hatten. Eine Gruppe junger Leute, hauptsächlich Studenten und Schüler, zieht nun Richtung Kaserne, um die Freilassung der Verhafteten zu fordern. Sie werden vom ausrückenden Militär gestoppt. "Ohne jedwede Aufforderung an die Menge, auseinanderzugehen", eröffnen die Soldaten scharfes Feuer auf die jungen Leute. "Was eigentlich hatten sie verbrochen, diese jungen Leute, die da in harmloser Weise die "Wacht am Rhein" singend zogen, daß man Militär im Laufschritt herbeiholen mußte, das sinnlos hineinplätterte in die Masse. Hören und sehen wir nicht täglich in allen Straßen tschechische Truppen mit Fahnen, laut singend, ihr Volkstum bekunden und sich als Herren der Stadt gebärden?" <sup>39</sup>, heißt es im "Kalender für das Egerland 1920".

Vorwärts. Sozialdemokratisches Tagblatt vom 28.2. 1919, 1.

Faksimile des Anschlags abgedruckt in Lucas, Oskar: 4. März 1919. Das sudetendeutsche Blutopfer für Großdeutschland. Karlsbad/Drahowitz-Leipzig o. J. (1939), gegenüber S. 16.

An on ymos: Die blutigen Vorgänge in Eger am 3. März 1919. In: Kalender für das Egerland 1920, 89–91, hier 90.

Ein Schüler starb noch am Abend des 3. März, ein Mädchen am Morgen des 4. März. Der dritte Schwerverletzte, ein fünfzehnjähriger Schüler, überlebte seine Verletzung.

Am 4. März 1919 ruht in Deutschböhmen und im Sudetenland die Arbeit, die Geschäfte bleiben geschlossen, die Schüler bleiben dem Unterricht fern. Überall in den Bezirksstätten finden Kundgebungen statt, die von großen Massen besucht werden. Der Generalstreik für das Selbstbestimmungsrecht und gegen die Geldabstempelung ist trotz offiziellem Verbot Wirklichkeit geworden.

Ähnliche Ereignisse wie die von Eger wiederholen sich in mehreren Städten. In Karlsbad, Kaaden im Egertal und im nordmährischen Sternberg sind die meisten Toten zu beklagen. In Arnau am Riesengebirge und im westböhmischen Mies gibt es jeweils zwei Tote, drei davon sind Frauen; in Aussig wird ein Mann durch einen Querschläger tödlich verletzt. Bei anderen Massenveranstaltungen, zum Beispiel in Reichenberg und Teplitz, kommt es zu Schießereien, aber ohne tödlichen Ausgang<sup>40</sup>.

In Karlsbad folgen 20000–25000 Menschen <sup>41</sup> dem Aufruf der Sozialdemokraten. Nach Auflösung der Demonstration, die friedlich verlaufen war, kommt es vor dem Elisabethbad und dem Hotel Trautwein, Quartieren des tschechoslowakischen Militärs, zu gegenseitigen Anpöbeleien und Rangeleien. Eine Streife tschechoslowakischen Militärs, die vom Bahnhof zurückkehrt, wird tätlich angegriffen; Milan Augustin spricht in einer Studie zum 4. März in Karlsbad von Lynchversuch. Drei Soldaten werden schwerverletzt: Stichwunden in Kopf und Lunge, ein Kopfschuß <sup>42</sup>.

Die inzwischen am Hotel Trautwein vorbeiziehende Menge beschimpft die dortigen Soldaten mit "Pfui" und "Abzug", wirft mit Steinen und Schienenschrauben; die Soldaten schimpfen zurück. Auf einen Feldwebel, der beruhigend eingreifen will, soll ein Schuß abgegeben worden sein. Die Antwort des Militärs ist, ohne ausdrücklichen Befehl zum Schießen, die Eröffnung des Feuers auf die Demonstranten. Auch ein Maschinengewehr soll eingesetzt worden sein. Drei Tote bleiben auf dem Pflaster, ein weiterer stirbt noch am 4. März; von den neun Schwerverletzten, darunter vier Frauen, erliegen weitere vier ihren Verletzungen<sup>43</sup>.

Am 5. März kommt es bei dem Versuch der Festnahme eines mutmaßtlichen deutschen Demonstranten und bei dem dabei stattfindenden Auflauf erneut zu Schüssen. Es ist nicht klar, von welcher Seite das Feuer zuerst eröffnet wurde. Ein unbeteiligter deutscher Student ist dabei ums Leben gekommen<sup>44</sup>.

Die Ereignisse des 4. März 1919 gebe ich, soweit nicht anders angegeben, nach der Darstellung, die das Prager Tagblatt am 5.3.1919 1-2, bringt. Das 1939 erschienene Gedenkbuch von Lucas: 4. März 1919 – bislang leider noch immer die einzige Monographie zu dem Thema – ist zwar materialreich, aber bewußt und extrem einseitig und somit nur mit Vorsicht zu genießen; so fehlen z. B. Opfer auf seiten des tschechoslowakischen Militärs grundsätzlich.

<sup>&</sup>lt;sup>41</sup> Die Angabe 25 000 im Prager Tagblatt; 20 000 bei Augustin, Milan: 4. a. 5. březen 1919 v Karlových Varech [Der 4. und 5. März 1919 in Karlsbad]. In: Historický sborník Karlovarska 1 (1993) 135–144.

<sup>42</sup> Ebenda.

<sup>&</sup>lt;sup>43</sup> Das Prager Tagblatt vom 5.3.1919 spricht von drei, Augustin: 4. a 5. březen von vier; Lucas: 4. März von fünf Toten für das Datum des 4. März selbst.

Siehe zu diesem Fall Augustin: 4. a 5. březen 139.

In der nordböhmischen Kleinstadt Kaaden nahmen 9000 Menschen an der Hauptveranstaltung vor dem Schützenhaus teil. Darauf formierte sich ein Demonstrationszug zum Stadtplatz. Dort kam es zu einem sich länger hinziehenden Gerangel um die Fahnen auf dem Rathausturm. Die deutsche Fahne, mit Erlaubnis des tschechoslowakischen Kommandanten gehißt, wurde eingeholt; junge Deutsche versuchten die Fahne erneut aufzuziehen, was mit Zustimmung des Kommandanten auch geschah. "Als die deutsche Fahne entrollt wurde, brach die vor dem Rathaus stehende Menge in Heilrufe aus und stimmte 'Die Wacht am Rhein' an. Unterdessen gerieten beim Rathausaufgang einige junge Heimkehrer mit den dortigen tschechischen Posten in einen Wortwechsel. Als ein halbwüchsiger Junge mit einem Stück Mauermörtel nach einem Soldaten warf, feuerte dieser sein Gewehr ab. "45 Diese Version des Beginns der Schießerei, die Viktor Karell im Kaadener Heimatbuch von 1965 gegeben hat, deckt sich im Kern - bei Umgewichtung von Details - mit der neueren Untersuchung von Kateřina Mertová von 1992: "Der radikalste Teil der Demonstranten versuchte sich mit Gewalt Eintritt ins Rathaus zu verschaffen. Dabei wurde der Militärposten physisch angegriffen. Der zufällige Schuß eines angegriffenen Soldaten wurde ein Signal für ein großes Schießen auf die Demonstranten."46

Trotz der Anweisung, von der Waffe nur im Falle des Selbstschutzes Gebrauch zu machen, begann tschechisches Militär den mit 1600 Menschen <sup>47</sup> gefüllten Marktplatz mit Gewehrsalven und mit drei Maschinengewehren zu beschießen. Zwei davon waren über dem Platz postiert worden. Keine Aufforderung den Platz zu räumen, war erteilt, kein Warnschuß abgegeben worden. Es wurde einfach in die Menge gefeuert. Fünfundzwanzig Menschen sterben, die Zahl der Verletzten übersteigt die Hundert. Unter den fünfundzwanzig Toten befinden sich dreizehn Frauen. Das jüngste Opfer ist ein elfjähriger Bub. Sieben der Toten waren unter achtzehn Jahren. Todesursache waren zum größten Teil Schüsse im Bauch- und Brustbereich. Die Verwendung von Dum-Geschossen wurde behauptet; Mertová vermutet, daß es sich um vom Pflaster abprallende Kugeln gehandelt haben könnte. Die Soldaten, die schossen, gehörten zum vormaligen 74. Infanterie-Regiment, das schon während des Ersten Weltkriegs in Kaaden stationiert gewesen war<sup>48</sup>.

Eine Untersuchung der Vorfälle wurde eingeleitet, die jedoch keine handfesten Ergebnisse brachte. Mertová schreibt: "Es bleibt die Frage, in welchem Maße es überhaupt ein Interesse gab, die Ermittlung objektiv zu führen und den eventuellen Schuldigen zu entdecken – dies betrifft sowohl die von tschechischer als auch von deutscher Seite geführten Ermittlungen."

Die Vorgänge im nordmährischen Sternberg scheinen als einzige die Dynamik auf-

Karell, Viktor: Kaaden-Duppau. Ein Heimatbuch der Erinnerung und Geschichte des Landkreises. Frankfurt/M. 1965, 81. Karell gibt an, daß seine Darstellung derjenigen der Kaadener Zeitung vom 8. und 12. März 1919 folgt.

Mertová, Kateřina: 4. březen 1919 v Kadani. Minulostí západočeského kraje 28 (1992) 221–231.

<sup>&</sup>lt;sup>47</sup> Zahl nach Mertová: 4. březen 231; Prager Tagblatt vom 5. März 1919 spricht von 500–600.

Karell: Kaaden-Duppau 80; Mertová: 4. březen 221.
 Ebenda 231.

zuweisen, die den Generalstreik als Beginn eines Machtwechsels ansieht. Aber betrachtet man die Besetzung der Bezirkshauptmannschaft, der Post und anderer öffentlicher Gebäude, die Entwaffnung von tschechischer Polizei und tschechischem Militär und den Versuch, die von außerhalb der Stadt nachrückenden Truppen zu stoppen, näher, dann zeigt sich, daß eher randalierender Volkszorn als politisch und strategisch koordinierte Aktion dem Handeln der Demonstranten zugrundelag. Eine deutsche Augenzeugin schildert die Besetzung der Bezirkshauptmannschaft wie folgt: "Der Bezirkshauptmann, ein Deutscher [...], wurde angespuckt, ein großes Masarykbild von der Wand gerissen und dem Bezirkshauptmannn so über den Kopf gehauen, daß es vollkommen zerrissen wurde. [...] Ein anderer Teil der Demonstranten lärmte auf dem Marktplatz und zog schließlich zur Gendarmeriewache. Die Gendarmen wurden verprügelt." 50 Ausführlich schildert der tschechische Staatsanwalt Dr. Jan Knaibl in seinen Erinnerungen von 1962 die Vorkommnisse, die zur Schießerei führten: "Das Militär mußte sich mit aufgesetztem Bajonett mühsam den Weg bahnen. Die Leute drängten sich aber an die Soldaten heran und versuchten, sie zu entwaffnen. Als letzte gingen der Soldat P. und der Gefreite Josef Plachý. Er, der gut deutsch sprach, forderte stets die Leute zum Auseinandergehen auf [...] An der Ecke Rathausgasse trat ein ca. 35jähriger Mann zu Plachý und griff ihm an das Gewehr. Der drehte sich um, wollte den Angreifer abwehren, aber plötzlich schoß dieser Mann Plachý mit einem Revolver in die Stirn, und gleich darauf legte er auf den Soldaten S. an, der neben Plachý ging. S. aber schoß, ohne das Gewehr an die Wange zu legen, worauf der Mann, in den Bauch getroffen hinfiel. [...] Der Schuß des Soldaten S. war der erste, den das Militär abfeuerte. "51

Diese Schüsse wirkten, wie in Kaaden, als Signal. Nun eröffnete das Militär das Feuer auf die Demonstranten. Dabei gab es die meisten Toten. Aber auch deutscherseits wurde das Feuer erwidert, "die Schießerei wurde sogar aus mehreren Häusern fortgesetzt" <sup>52</sup>. Auf seiten des Militärs gab es zwei Tote (einer davon Deutscher) und fünf Schwerverletzte, auf seiten der Deutschen fünfzehn Tote, davon drei Frauen, sowie über dreißig Schwerverletzte. Die Mehrzahl davon waren Arbeiter.

Der Sternberger Stadtchronist Wilhelm Stief beurteilt 1927 die Ereignisse des 4. März folgendermaßen: "War die Veranstaltung dieser Demonstration schon an und für sich im Hinblick auf die stets wachsende Spannung zwischen der deutschen Bevölkerung und der tschechischen Besatzung eine ungemein unverantwortliche Angelegenheit, so hatte man wohl gar nicht mit den Quertreibereien einiger Unruhestifter und den Zerstörungsinstinkten der Masse gerechnet, und so kam es, wie es kommen mußte: verantwortungslose Elemente jeder Art mischten sich störend und ablenkend in den geplanten Verlauf der Kundgebung ein, unglückselig verketteten sich die Umstände, die Drahtzieher und Rädelsführer schlüpften unten durch und verschwanden,

<sup>52</sup> Prager Tagblatt vom 5.3.1919, 2.

Die Zeugin, Anna Faulhammer, zitiert bei Brügel: 1918–1938, 76. An der Universität Olmütz entsteht zur Zeit eine Magisterarbeit von Martin Pospišil zu den Ereignissen des 4. März 1919 in Sternberg.

<sup>51</sup> K n a i b l, Jan: Vzpomínky státního zástupce. Olomouc 1962, deutsch zitiert in Sternberger Heimat-Post, Heft 1, 1994, 3-5, hier 4f.

die militärische Maschine trat in Aktion, und die harmlosen Mitläufer, Schreier und Neugierigen wurden über den Haufen geschossen."53

In der offiziellen Darstellung der Ereignisse durch das tschechische Pressebüro liest man folgendes: "Der heutige Tag ist in verschiedenen Städten von Nordböhmen und Mähren im Zeichen heftiger Auflehnung fanatisierter Elemente gegen den tschechoslowakischen Staat verlaufen. Eine während langer Zeit gegen die Republik geplante und systematisch von Wien und Berlin geführte und vorbereitete Aktion sollte heute als Revolte ausbrechen [...] Der gestrige Tag, welcher in einem Generalangriff gegen unseren Staat gipfeln sollte, endete für die Veranstalter mit einem völligen Mißlingen. Es ist bedauerlich, daß das durch unerhörte Hetze verführte Volk Zusammenstöße hervorrief, welche Verluste an Menschenleben zur Folge hatten."54

In einer Erklärung über die Ereignisse des 4. März sagte der Minister für Landesverteidigung Václav Klofáč am 19. März 1919: "[...] jetzt bemühen sich die verschiedenen Feinde der Republik zu beweisen, daß bei den unglückseligen Demonstrationen in dem "verdeutschten" Gebiet der Republik am 4. März der tschechische Soldat grundlos in die unbewaffneten und friedfertigen Manifestanten geschossen hat. Aus dem umfangreichen Material ist jedoch klar ersichtlich, daß die Truppen der tschechoslowakischen Republik auch nicht im geringsten die bürgerlichen, Versammlungsund anderen Freiheiten der Bevölkerung dieses Staates beschränkten und auf der freien Äußerung der Überzeugung und Anschauung kein Hindernis in den Weg legten. Ihre Loyalität ging soweit, daß sie nicht einmal auf die Äußerungen des wildesten Chauvinismus reagiert und von der Waffe erst dann Gebrauch machten, als von deutscher Seite offensichtlich die Feindseligkeiten durch Revolverschüsse, Werfen von Handgranaten, Gewalttätigkeiten und Entwaffnung der Soldaten eröffnet wurden. "55

Sarkastisch merkt das Prager Tagblatt an: "Der Minister hätte sich nichts vergeben, wenn er zugegeben hätte, daß auch seine Soldaten Fehler begangen haben. "56 Keinerlei Selbstkritik war von tschechoslowakischer Seite zu hören, im Gegenteil: Außenminister Edvard Beneš forderte von den Alliierten strenges Vorgehen gegen Deutschösterreich, das für den Generalstreik verantwortlich sei.

Die Weltöffentlichkeit nahm von den Ereignissen des 4. März im krisengeschüttelten Europa des Frühjahrs 1919 keine Notiz. Die Proteste der Deutschen in den böhmischen Ländern verhallten ungehört. Im Frieden von Saint-Germain bekam die tschechoslowakische Republik für den tschechischen Teil des Landes die historischen Grenzen zugesprochen.

### Der 4. März der Tschechen

Die tschechoslowakischen Verlautbarungen zum 4. März sind von Friedrich Prinz als "Vorwärtsverteidigung oder ein schlaues Manöver zur Ablenkung von den

Ebenda.

<sup>53</sup> Sternberger Chronik von Wilhelm Stief aus dem Jahr 1927, 404, hier zitiert nach: Sternberger Heimat-Post, Heft 2, 1989, 3.

<sup>&</sup>lt;sup>54</sup> Prager Tagblatt vom 5.3.1919, 2.

<sup>&</sup>lt;sup>55</sup> Prager Tagblatt vom 20.3.1919, 1.

eigenen Terroraktionen im okkupierten deutschen Gebiet" <sup>57</sup> bezeichnet worden. Dennoch zeigen sie, so rhetorisch sie sein mögen, ein gutes Stück Angst. Eine Analyse der Ereignisse weist ebenfalls in diese Richtung.

In Karlsbad und Kaaden waren an zentralen Punkten Maschinengewehre aufgebaut. Die Tatsache, daß in relativ vielen Orten aus verschiedenen Anlässen leichtfertig von der Schußwaffe Gebrauch gemacht wurde, zeigt – wenn man zuerst einmal nicht von einem zentral ausgegebenen Schießbefehl und somit einer brutalen Abschreckungsstrategie ausgehen will 58 –, daß die Soldaten auf eine andere Situation vorbereitet worden waren und daß sie Angst vor etwas hatten.

Generalstreik in einer politisch brenzligen Situation ist keine einfache Sache, er kann immer zum Aufstand gegen die bestreikte Ordnungsmacht werden. Generalstreik ist eine der revolutionären Formen von Machtübernahme. Die Überbetonung der deutschen Aufstandspläne von seiten der tschechoslowakischen Staatsmacht deutet daraufhin, daß sie einen Aufstand in ihr Kalkül einbezogen hatte. Die tschechische Regierung hatte reale Angst, daß der Generalstreik nur der erste Schritt zum bewaffneten Aufstand sein würde.

Betrachtet man die allgemeine politische Situation, ist diese Angst nicht einmal so unbegründet. Seit Anfang Februar hatte die Regierung die Lage in der Südwestslowakei nicht mehr unter Kontrolle. Ein Streik des ungarischen Eisenbahnpersonals hatte den Verkehr zusammenbrechen lassen, die Arbeiter der Energie- und Versorgungsbetriebe befanden sich ebenfalls im Aufstand. Es bestand die Gefahr, daß sich die ungarische und die deutsche Minderheit koordinieren und dem neuen und in seinen Grenzen international noch nicht anerkannten Staat gleichzeitig bewaffnet entgegentreten könnte. Erst am 5. März, genau an dem Tag, an dem klar war, daß die Deutschen keinen Aufstandsversuch unternehmen würden, verlegte der tschechoslowakische Staat sein Hauptinteresse in die Slowakei und verhängte in den ungarischen Gebieten den Belagerungszustand, um die Streiks zu brechen <sup>59</sup>.

Grund zum Aufstand hätten die Deutschen in den böhmischen Ländern durchaus gehabt. Ihr Gebiet war besetzt und ihr Selbstbestimmungsrecht, das sie auch als Recht für Minderheiten verstanden, unter allgemeiner Beteuerung desselben mißachtet worden; nun sollten sie durch die Banknotenabstempelung auch wirtschaftlich, d.h. praktisch unumkehrbar, in den neuen Staat gezwungen werden. Sollte ein Aufstand sinnvoll sein, mußte er vor vollzogener Einführung der neuen Währung und der damit verbundenen Zwangsabgabe durchgeführt werden. Das heißt vor dem 9. März. Daß

Böhmen und Mähren. Hrsg. v. Friedrich Prinz. Berlin 1993, 388 (Deutsche Geschichte im Osten Europas 2).

Siehe Hoensch, Jörg K.: Geschichte der Tschechoslowakei. 3. Aufl. Stuttgart-Berlin-Köln 1992, 33. Den einzigen zeitgenössischen Hinweis auf einen zentralen Schießbefehl habe ich finden können in der dem Egerland geographisch nächsten Zeitung "Der Bote aus den Sechsämtern" (Wunsiedler Tagblatt) vom 14. März 1919, 2: "Die deutschösterreichische Regierung hat unzweideutige Beweise in den Händen, daß die Prager Regierung an den Bluttaten gegen die Deutschen in Böhmen die Schuld trägt. Sie hat an die Statthalterei in Brünn die Weisung erlassen, bei eventuellen Demonstrationen von der Schußwaffe Gebrauch zu machen. In diesem Sinne sind auch an andere Behörden Weisungen ergangen."

der Generalstreik als Reaktion auf die Ankündigung der Banknotenabstempelung ausgerufen wurde, und zwar von der deutschböhmischen Sozialdemokratie, mag diese Angst auf seiten der Zentralregierung verstärkt haben.

Die große Frage war jedoch, ob ein Aufstand irgendeinen Rückhalt beim Deutschen Reich hätte finden können. Am 13. Februar 1919 hatte unter Führung der Sozialdemokratie die Weimarer Koalition die Regierungsgeschäfte übernommen. Ob die junge Regierung den Deutschen außerhalb des Reiches helfen würde, war mehr als zweifelhaft. Sie war selbst in Bedrängnis, denn die radikale Linke drängte zum entscheidenden Kampf. Für den 3. März hatten die Arbeiterräte für Berlin und Dresden den Generalstreik ausgerufen. Fast zwei Wochen tobten die Kämpfe. Am 21. Februar 1919 war in München der sozialistische Ministerpräsident Bayerns, Kurt Eisner, ermordet worden. Sein Tod führte zu einem Machtvakuum in Bayern, das in die Räterepublik mündete. Deutschösterreich, in dem am 4. März die sozialdemokratische Regierung unter Renner die Geschäfte übernommen hatte, stand ebenfalls kurz vor einem Aufstand von linker Seite, zumal die Energieversorgung zusammengebrochen war. Die bayerischen, sächsischen und berlinerischen Ereignisse hätten auch in Wien zum offenen Kampf führen können.

Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß in dieser allgemeinen Situation der Generalstreik auf dem von der tschechoslowakischen Regierung geforderten Gebiet einen höchst explosiven Moment darstellte. Hätte die deutsche Seite den bewaffneten Kampf gewollt, dann wäre dies der richtige Augenblick dafür gewesen. Das wußte die Regierung in Prag. Und ein Aufstand hätte alle ihre Pläne zunichte gemacht. Erstens wäre nicht sicher gewesen, ob sie die Kämpfe unter Kontrolle bekommen hätte; denn hätten die Deutschböhmen in einem Rätebayern oder Rätesachsen Unterstützung und Hinterland gehabt, wäre der Aufstand nur schwer zu dominieren gewesen. Zweitens wäre die Tschechoslowakei nicht mehr als ein Ordnungsgarant in dieser unruhigen Region dagestanden – genau diesen Status brauchte der neue Staat bei den Friedensverhandlungen zur Durchsetzung seiner Gebietsansprüche. Es stand also für die Tschechoslowakei viel auf dem Spiel, große Teile des geforderten Territoriums sowie die internationale Reputation.

Diese Krisensituation entschuldigt nicht das Vorgehen des Militärs am 4. März. Katerina Mertovás Einschätzung der Kaadener Ereignisse kann allgemeine Gültigkeit beanspruchen: "Von seiten der Organisation der Demonstration wurde zumindest die Explosivität der Situation unterschätzt, von seiten der tschechoslowakischen Garnison versagten die Befehlshaber und infolgedessen auch die Selbstbeherrschung der Soldaten, die ohne Befehle belassen und ungenügend instruiert worden waren." <sup>60</sup> Wahrscheinlich hatte man die Soldaten vor dem 4. März auf Aufstandsbekämpfung getrimmt. Als der Aufstand ausblieb, konnten oder wollten die Befehlshabenden in einigen Städten die Kriegsmaschinerie nicht mehr stoppen. So wurde, Extrembeispiel Kaaden, als seien es Aufständische, in friedliche Mengen geschossen. Gegen die Verantwortlichen wurden keine disziplinarischen Maßnahmen oder gerichtliche Schritte

<sup>60</sup> Mertová: 4. březen 231.

unternommen. Die Entschädigung der Verletzten und Hinterbliebenen gestaltete sich langwierig <sup>61</sup>.

Als der 4. März geschehen war, versuchte die Regierung ihn erst mit Verschwörungstheorien und Anschuldigungen an andere zu übertönen, dann vergaß oder verschwieg man ihn einfach 62.

#### Der 4. März der Sudetendeutschen

Im sozialdemokratischen "Vorwärts" vom 4. März 1919 findet sich der programmatische Satz: "Die Ansichten des deutschen Volkes in Böhmen haben sich geklärt, wir wünschen alle den Anschluß an unseren Bruder im Deutschen Reiche, das ist unser politisches Ideal; aber wenn dies nicht möglich wäre, würden wir uns eventuell mit einer Zugehörigkeit zu einer deutschösterreichischen Republik, ja selbst mit einer anderen österreichischen Staatsform uns abfinden." <sup>63</sup>

Der 4. März zeigte den Deutschböhmen und Sudetendeutschen (hier noch: Nordmährern und Schlesiern), daß ihr politisches Ideal, erste wie zweite Wahl, zum gegebenen Zeitpunkt nicht zu verwirklichen war. Ihr Widerstandswille war durch Gewalt gebrochen worden, und trotz der Toten hatte es international kein Echo gegeben. Die Regierung in Prag war zwar über die Vorfälle wegen einer möglichen Wirkung auf die Friedenskonferenz verunsichert, sie wurde aber, wie Ferdinand Peroutka zitiert, von Beneš aus Paris beruhigt: "Was die Deutschen in Böhmen angeht, so braucht man sich vor Paris nicht zu fürchten; man kann sehr energisch einschreiten." <sup>64</sup> Die tschechoslowakische Regierung hatte erreicht, was sie wollte: Sie stand als Ordnungsfaktor vor der Friedenskonferenz, Details interessierten dabei wenig.

Am 6. März schrieb der "Vorwärts": "Was in den schwärzesten Tagen des altösterreichischen Absolutismus Deutschböhmen nicht erlebt hat, das ist am Dienstag unter der Gewaltherrschaft der tschechoslowakischen Republik geschehen: Militär hat auf Arbeiter geschossen, Arbeiterblut ist geflossen und Todesopfer sind gefallen [...] Blut ist dicker als Wasser und Blut ist ganz besonderer Saft, das werden die tschechischen Imperialisten noch begreifen lernen [...] Dieser Dienstag wird der Ausgangspunkt eines großen Ringens sein, in dem wir siegen müssen. Für die tschechische Republik aber, die deutsche Arbeiter morden ließ, wird dieser Tag ein schwarzer Tag bleiben." 65

Die Toten des 4. März standen für ihre deutschen Landsleute sofort für etwas anderes; sie waren Märtyrer, "Blutzeugen". Ferdinand Peroutka stellte fest: "Das Wort "Märzgefallene" bewahrt für die Deutschen bis heute einen starken, gefühlsbetonten

<sup>&</sup>lt;sup>61</sup> Das Problem der Entschädigung der Verletzten und Hinterbliebenen bedürfte einer eigenen Untersuchung. Angesprochen ist es bei L u c a s: 4. März, 55 ff. (Kapitel "Fürsorgeausschuß).

<sup>62</sup> So z.B. der Fall des Vizekonsuls Schwarz, der "nicht bloß der Organisator einer weitverzweigten Spionage zugunsten Berlins, Wiens und Budapests, sondern auch der eifrigste Anstifter der mittelstaatlichen Bewegung im deutsch-böhmischen Teile der tschechoslowakischen Republik" (Prager Tagblatt vom 1. März 1919, 1) gewesen sein soll. Die Vorwürfe, die nicht konkretere Gestalt annahmen, wurden nach dem 4. März als Verschwörung aufgebaut.

<sup>&</sup>lt;sup>63</sup> Vorwärts. Sozialdemokratisches Tagblatt vom 4.3.1919, 2.

<sup>64</sup> Peroutka: Budování státu Bd. 2, 500f.

<sup>&</sup>lt;sup>65</sup> Vorwärts. Sozialdemokratisches Tagblatt vom 6.3.1919, 1.

Akzent. 66 Friedrich Prinz nennt die Ereignisse des 4. März "ein Trauma mit Langzeitwirkung" 67, Hans Lemberg einen "geschichtlichen Markstein [...], der sich gerade bei Sudetendeutschen – aber auch fast nur bei diesen – so tief einprägte, daß dies für viele von ihnen das einzige Datum ist, das aus dem Jahr 1919 und vielleicht auch aus manchem Jahr danach im Gedächtnis haften geblieben ist." 68 "Deutschböhmens Märzgefallene" wurde zum gefühlsintensiven Schlagwort für den Freiheitswillen, wobei die Traditionslinie zu den im März 1848 Gefallenen hergestellt wird. Bürgerliche und nationale Revolution – 1848 und die Diskussion einer großdeutschen Lösung – verquicken sich dabei zu einem neuen, großdeutschen Freiheitsversprechen.

Der Kampf um die Einlösung dieses Versprechens aber wurde bereits unter einem anderen Schlagwort geführt. In der von sudetendeutscher Seite nach wie vor herangezogenen "Sudetendeutschen Geschichte" von Emil Franzel kann man lesen: "Der sudetendeutsche Freiheitskampf hatte seine Blutweihe empfangen." <sup>69</sup> Aus "deutschböhmischen" sind "sudetendeutsche" Blutzeugen für selbstbestimmte Freiheit geworden. Es ist wohl davon auszugehen, daß ein Bedeutungswandel an derart zentraler Stelle – der der Eigenbenennung – einen gesellschaftlichen und politischen Wandel markiert.

Es gab einen äußeren Anlaß für die Umbenennung: Bei den Friedensverhandlungen wurde Deutschösterreich als Republik Österreich festgeschrieben. In Analogie suchte die tschechoslowakische Regierung den vorherrschenden Begriff "Deutschböhmen" zu unterdrücken 70. Georg R. Schroubek stellt fest: "In den 20er Jahren herrscht bezüglich der deutschsprachigen Bevölkerung der ČSR terminologische Unsicherheit [...] Die Abgeordneten in Parlament und Senat nannten sich "Vertreter des deutschen Volkes im tschechischen Staat", und nur ganz vereinzelt erst taucht das Wort "Sudetenland" in der heutigen Bedeutung auf." 71 Der Begriff "Sudetendeutsche" als Sammelbezeichnung für alle Deutschen der böhmischen Länder ist eine Schöpfung des Politikers und Volkskundlers Franz Jesser aus dem Jahre 1902, den er zur größeren Durchschlagkraft im deutsch-tschechischen "Schulkampf" geprägt hatte 72.

<sup>66</sup> Peroutka: Budování státu Bd. 2, 500.

Prinz: Böhmen und Mähren 389.
 Lemberg: Das östliche Europa 33f.

<sup>&</sup>lt;sup>69</sup> Franzel, Emil: Sudetendeutsche Geschichte. 2. Aufl. Augsburg 1958, 333.

In einem ausführlichen Bericht "Unser Standpunkt", den Jaksch Beneš am 3. April 1943 mit einem Begleitbrief offiziell zugehen ließ, wird ausgeführt: "Bekanntlich ist die Bezeichnung "Deutschböhmen" ... nach dem Schutzgesetz verboten worden. Die Entstehung des Begriffs "Sudetendeutsche" ist daher ein Ausdruck der einfachen Tatsache, daß die Deutschböhmen und Deutschmährer nach der Eingliederung in die Republik tatsächlich eine politische Schicksalsgemeinschaft wurden, für die ein gemeinsamer Nenner gefunden werden mußte. Wir glauben nicht, daß man eine Bezeichnung, die als Resultat geschichtlicher Tatsachen in die internationale politische Terminologie eingegangen ist, auf irgend eine Weise abschaffen kann." Von drová: Dokumenty 237.

Schroubek, Georg R.: Die künstliche Region: Beispiel "Sudetenland". In: Regionale Kulturanalyse. Hrsg. v. Helge Gerndt und Georg R. Schroubek. München 1979, 25–29. him. 26.

<sup>&</sup>lt;sup>72</sup> Ebenda 27. Siehe auch Skála, Emil: Der Begriff Sudetendeutsches. In: Uferdasein. Deutschsprachige Zitate in Böhmen. Hrsg. v. Heinz Arnold und Hans Zeidler. Bautzen 1996, 298–300.

"Sudetendeutsch" ist von Anfang an ein politischer Begriff und bleibt es auch, als er ab Beginn der dreißiger Jahre auch im alltäglichen Sprachgebrauch Einzug halten kann – die Alltagsverwendung war in "politischen, populärwissenschaftlichen und landeskundlich-,volkspflegerischen' Schriften"<sup>73</sup> der zwanziger Jahre vorbereitet worden. Die "Sudetendeutsche Heimatfront" (1933), ab 1935 "Sudetendeutsche Partei", tritt unter seinem Zeichen an; als "Sudetendeutsche Sozialdemokratie" führt die Arbeiterpartei ihren Kampf gegen Hitler im Exil<sup>74</sup>; unter dem Namen "Sudetendeutsche" werden die Deutschen der böhmischen Länder 1945 aus ihrer Heimat vertrieben.

Der Begriff "Sudetendeutsch" gehört zum einen zu dem mit Entstehung der Tschechoslowakei einsetzenden Kampf der Deutschen um das Selbstbestimmungsrecht in allen Spielarten (vor allem bei den "Negativisten", die jede Partizipation an der tschechoslowakischen Politik ablehnten; später bei fast allen deutschen Parteien), zum anderen steht er für das Zusammengehörigkeitsgefühl aller Deutschen aus den böhmischen Ländern nach der Vertreibung. Auffällig an der Karriere dieses Begriffs ist, daß er sich in allen, auch den sich bekämpfenden Lagern der Deutschen in der Tschechoslowakei durchsetzen konnte.

Daß der Begriff "Deutschböhmen" so leicht und widerstandslos untergehen konnte, ist sicher kein Zufall: Hätten die Deutschen ihn halten wollen, dann wäre zumindest ein langwieriger und argumentationsreicher Kampf um ihn entbrannt. Aber das Wort "Deutschböhmen" entsprach nach 1919 nicht mehr den politischen Gegebenheiten. "Deutschböhmen", das waren Böhmen deutscher Zunge und Kultur, während sich im neuen Begriff "Sudetendeutsche" der Schwerpunkt auf Deutsche mit einer zwar relativ ungenauen geographischen Verortung - dem Sudetengebirge -, dafür aber mit desto stärkerer Verankerung im "Volkstumskampf" verschoben hatte<sup>75</sup>. Die Mehrheit der Deutschen der böhmischen Länder wünschte sich 1918/19 eine Existenz in einem deutschen Staat. In den deutschen Gesandtschaftsberichten aus Prag wird von einer Unterredung mit Masaryk vom 28. Februar 1919 berichtet: "1. Es ist die einhellige Meinung aller, Deutscher wie Tschechen, daß eine Volksabstimmung eine schlechthin erdrückende Mehrheit zu Gunsten des Anschlusses an Deutschland bringen würde. 2. Eine Volksabstimmung wird von den Tschechen nicht zugelassen. "76 Die Ereignisse des 4. März 1919 machten den Deutschen in den böhmischen Ländern auf eindeutige und ziemlich brutale Weise - die Schüsse auf ihre Demonstrationen, die zynische tschechische Reaktion darauf, die für sie nun, wollten sie ihr Geld nicht verlieren, unumgängliche Teilnahme an der Umstempelung des k. & k. Geldes in tschechoslowakisches - klar, daß ihr Wunsch nach Selbstbestimmung

<sup>73</sup> Schroubek: Region 27.

<sup>&</sup>lt;sup>74</sup> Siehe die sozialdemokratische Verwendung von "sudetendeutsch" durchgängig in Vondrová: Dokumenty. – Schroubek: Region 27, schränkt den Begriff meines Erachtens zu sehr auf das Umfeld der Heinlein-Bewegung ein.

Es ließe sich fragen, warum sich eigentlich kein Neologismus wie "Böhmendeutsche" durchgesetzt hat, bei dem das Grundwort -deutsch durch das auf die böhmischen Länder abzielende Bestimmungswort Böhmen- ergänzt wird. Wahrscheinlich war die nationale Betonung des im Volkstumskampf entstandenen Begriffs "sudetendeutsch" wichtiger als eine geographische Bestimmung.

Alexander (Hrsg.): Gesandtschaftsberichte 150.

keine Erfüllung finden würde. Dieser Erfahrungskomplex ist mit dem Begriff "sudetendeutsch" direkt verknüpft.

In ihm tradiert sich dreierlei: der Wunsch nach Selbstbestimmung, sein Scheitern sowie eine Sehnsucht nach Aufhebung dieses Scheiterns. Der 4. März 1919 ist der historische Markstein für dieses Scheitern; in das kollektive böhmischdeutsche Bewußtsein – das heißt vor allem in die Sozialisierung neuer Generationen – geht diese Erfahrung als äußerst gefühlsintensive Erinnerung ein. Peroutka hat diese Gefühlsintensität des 4. März gespürt und benannt. Was er noch nicht benennen konnte war, wie mit diesem traumatischen Ereignis der Begriff "sudetendeutsch" zusammenhängt. Denn die Gefühlsintensität des 4. März geht in "sudetendeutsch", "Sudetenland" ein: "Es ist [...] ein hochgradig emotionsgeladener Begriff, der analytischer Betrachtung entzogen bleiben möchte" 77, wie Schroubek feststellt.

Um diesen Begriff, entnommen aus dem Arsenal nationaler Selbstüberschätzung, kristallisiert sich die sich ausbildende sudetendeutsche Identität. Dieser Begriff organisiert auch die Sicht auf die Zeit vor 1918/19 neu: die Politik zu Beginn der dreißiger Jahre aber findet schon im Einfluß seiner Implikationen statt.

Vor 1918 hatten die Deutschen in den böhmischen Ländern untereinander wenig gemeinsam. Sie fühlten sich einfach als Deutsche des zisleithanischen Teils der Doppelmonarchie. Erst das von der Tschechoslowakei geforderte Territorium brachte diese Deutschen in eine gemeinsame Lage, die jedoch durch die geographische sowie erwerbsstrukturelle Situation noch immer ganz unterschiedlich war. Deutschböhmen, Sudetenland, Südmähren, der Böhmerwaldgau hatten nach dem 28. Oktober 1918 zwar eine ähnliche Interessen-, aber doch eine ganz verschiedene Ausgangslage. Erst die Ereignisse des 4. März haben alle diese Deutschen "vereinheitlicht": Sie gehören jetzt gemeinsam zum tschechoslowakischen Staat, wobei, wie Schroubek anmerkt, "das der Mehrheit der deutschsprachigen Bevölkerung des neuen Staates einzig wirklich Gemeinsame [...] nationale Ressentiments gegen das nunmehr staatstragende tschechische Volk waren" 78. Das Zwangseintrittsbillet in den neuen Staat, das die nationalen Ressentiments in unerhörter Weise schürte, waren die "Blutzeugen" für das verweigerte Selbstbestimmungsrecht. Die Toten des 4. März werden zum Mythologem, um das sich herum, nach dem Verbot des Wortes Deutschböhmen, die gemeinsame Identität der Deutschen in der Tschechoslowakei als nunmehrige Sudetendeutsche bildet.

Das Wort wirkt zurück: Die gesamte Geschichte der Deutschen in den Ländern der böhmischen Krone wird nun als "sudetendeutsche" gefaßt. Dies ist ein für die Erkenntnis historischer Wirklichkeit problematischer Vorgang. Denn alle Implikationen, die untrennbar mit "sudetendeutsch" verbunden sind und von denen noch die Rede sein wird, werden so in eine Vergangenheit übertragen, die weder den Begriff noch das damit verbundene Konzept kannte. Nicht zuletzt resultiert daraus die Unsicherheit, welche Eva Schmidt-Hartmann hinsichtlich des Problems, "ob Peter Parler, Bernhard Bolzano, Josef Ressel oder Franz Kafka "Tschechen", "Österreicher",

Schroubek: Region 29.
 Ebenda 26.

,Deutsche' oder ,Sudetendeutsche' waren "79, benannt hat. Der Begriff verleibt sich Teile der Geschichte ein und grenzt andere aus – zum Beispiel die deutschassimilierten Juden 80 –, wobei die Logik dieses Prozesses nicht den untergegangenen Daseinsformen, sondern den Bedeutungsimplikaten des späteren Begriffes folgt. Petr Lozoviuk hat diese Problematik in einer Arbeit über die deutsche Sprachinselvolkskunde aufgezeigt 81.

Ein entscheidendes Implikat, das in "sudetendeutsch" eingegangen ist, ist neben dem Scheitern der Selbstbestimmung das Beharren auf einer irredentistischen oder autonomistischen Position. Als sich die deutsche Exil-Sozialdemokratie im Februar 1939 zu spalten beginnt, ist der Kampf um die Benennung kein Nebenschauplatz. Die Gruppe um Wenzel Jaksch, die sich in "Sudetendeutsche Sozialdemokratie" bzw. "Treuegemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten" umbenannt hat, wird gerade deswegen von der Fraktion um Josef Zinner, die den alten Namen "Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik" beibehält, kritisiert: "[...] ist er [der Name der Partei, K.B.] durch die illegale Umbenennung in "Sudetendeutsche Sozialdemokratie" verfälscht worden. Das Wort "Arbeiter" ist durch den völkisch betonten Anstrich, dem ersten Worte des Henleinischen Parteinamens ersetzt worden. Dieser Willkürakt hat prinzipielle Bedeutung." §2 Die

Schmidt-Hartmann, Eva: Tschechen und Sudetendeutsche: Ein mühsamer Abschied von der Vergangenheit. BohZ 34 (1993) 421–433, hier 428. Das Problem, daß sich die Prager Deutschen so schlecht als Sudetendeutsche fassen lassen, hängt damit zusammen, daß in Prag Selbstbestimmung samt irredentistischer Position von vorneherein sinnlos war. Interessant in diesem Zusammenhang die Diskussionsrunde "Unsere Geschichte": Die Tschechisch-Deutsche Vergangenheit als Interpretationsproblem" in BohZ 35 (1994) 352–455, vor allem 357–360 (3. These), und passim die Diskussion dazu, z. B. 403 ff., 444 ff.

Auch der Antisemitismus der Deutschen in den böhmischen Ländern wurde durch den 4. März 1919 verschärft. Denn das "Prager Tagblatt" galt als jüdische Zeitung deutscher Sprache; daß das "Prager Tagblatt" von Anfang an gegen die Abtrennung der deutschen Gebiete Böhmens eintrat, wurde als jüdischer Verrat gesehen. Mit klarer ideologischer Ausrichtung wird dies ausgesprochen in Lucas: 4. März, 17f.: "Es blieb allein den Juden vorbehalten, diesen verlogenen Bericht [Erklärung von Klofáč zum 4. März; K. B.] in der Welt zu verbreiten. Das 'Prager Tagblatt' hatte als einziges deutschgeschriebenes Blatt die Presseaussendung der tschechischen Regierung abgedruckt. [...] Zu der unmenschlichen Brutalität [...] der Tschechen gesellte sich die Schützenhilfe der Juden." Diese Tendenz ist diffus auch schon vorhanden in Patzel, Josef: Die deutsche Presse in der tschechoslowakischen Republik. In: Deutsche Politiker an das tschechische Volk. Hrsg. v. Gustav Flusser. Prag 1921, 103-107, hier 105: Das Prager Tagblatt "als scharfes Kampfblatt gegen die einen antisemitischen Charakter tragende deutschnationale Bewegung" ist "im Gegensatz zur offiziellen deutschen Politik gestanden. Dies erhielt sich auch zu der Zeit, als nach dem Umsturz alle deutschen Parteien einschließlich der Sozialdemokraten in der Frage des Selbstbestimmungsrechtes eine Zeitlang gemeinsame Wege gingen, weil es den Standpunkt vertrat, die Deutschen hätten sich sofort der tschechoslowakischen Republik unterordnen sollen." Das sudetendeutsche Verhältnis zu den deutschassimilierten Juden der böhmischen Länder ist bis heute nicht geklärt, siehe zum Beispiel den Fall des Karlsbader deutschsozialdemokratischen Schriftstellers Ernst

<sup>81</sup> Lozoviuk, Petr: Deutschböhmische Kolonisten in Südosteuropa und die "Sudetendeutsche Sprachinselvolkskunde". In: Südostdeutsches Archiv 1996 (im Druck).

<sup>82</sup> Vondrová: Dokumenty 71.

Gruppe um Zinner hatte damit einen entscheidenden Punkt berührt: der jeweilige Name bestimmte die Politik mit.

Die Zinner-Gruppe konnte sich entschieden und klar vom Münchner Abkommen distanzieren und die "damit verbundenen Konsequenzen" hinsichtlich der "staatsrechtlichen Stellung der Sudetendeutschen" <sup>83</sup> akzeptieren, wobei ihre Arbeit und Nachkriegsvision darin bestand, "die Grundlagen eines reibungslosen Zusammenlebens der Völker der Tschechoslowakischen Republik sicherzustellen" <sup>84</sup>. Kein Wort über das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen, das von Jaksch und seiner Gruppe als ständiges Argument und Ziel ihrer Politik vorgetragen wird. Im Distanzierungsschreiben der Jaksch- von der Zinner-Gruppe an Beneš vom 8. Oktober 1939 liest man: Es "stehen die Vorbringungen [...] außerdem *im schärfsten Gegensatz zu der offiziellen Erklärung der Partei* [Hervorheb. i. Orig., K. B....] sie wolle 'ihren Kampf führen mit dem Ziele der Erringung des Selbstbestimmungsrechtes" <sup>85</sup>. Das Festhalten der Sudetendeutschen Sozialdemokratie am vage und unklar definierten Begriff des Selbstbestimmungsrechtes hat Jaksch bis zum September 1941 verleitet, auch hinsichtlich der völkerrechtlichen Gültigkeit des Münchner Abkommens eine lavierende und doppeldeutige Position einzunehmen <sup>86</sup>.

Daß "sudetendeutsch" von "negativen Konnotationen" <sup>87</sup> begleitet war, wußte auch Jaksch. Er äußerte sich am 4. Oktober 1942 dazu, wie in einem Protokoll festgehalten ist: "Redner wendet sich sodann dem von tschechischer Seite angefochtenen Begriff "Sudetendeutsch" [Hervorheb. i. Orig., K.B.] und führte aus: Wir wünschen nicht, daß die Erörterung von Schicksalsfragen in einen Streit um Worte ausartet. Irgendeinen Namen müssen wir haben. Namenlos sind wir nicht. In allen Büchern über den Kampf um die tschechoslowakische Demokratie ist von Sudetendeutschen und von sudetendeutscher Demokratie die Rede. Vielleicht werden wir uns einmal die Sache überlegen und uns den Namen zulegen, der uns am besten gefällt. Wir könnten uns auch deutsche Europäer nennen. Auf diesen Namen hätten wir einigen Anspruch." <sup>88</sup>

Vielleicht ist das Datum der Aufnahme des Wortes "sudetendeutsch" in den Parteinamen der Sozialdemokratie nicht zufällig. Es ist der 22. Februar 1939, der Tag des letzten Parteitreffens in Prag. Die Nationalsozialisten hatten auf voller Linie gesiegt. Für viele Sudetendeutschen bedeutete das Münchner Abkommen die Einlösung des Selbstbestimmungsrechtes; daß es für sie ein Teufelspakt sein würde, sahen die wenigsten. Aus der großdeutschen Idee war die faschistische Ideologie geworden. Die Sozialdemokraten wurden vertrieben oder in die Konzentrationslager gebracht,

<sup>83</sup> Ebenda 25; siehe auch 27.

<sup>84</sup> Ebenda 70.

<sup>85</sup> Ebenda 29.

Siehe z. B. Vondrová: Dokumenty 31: "Richtlinien für die Außenpolitik der Sudetendeutschen Sozialdemokraten" oder ebenda 51: "Das Sudetenproblem in der Europäischen Neuordnung". Jakschs Position hinsichtlich der Ungültigkeit des Münchner Abkommens wird eigentlich erst nach der offiziellen Ungültigkeitserklärung durch Großbritannien von 5. August 1942 ganz eindeutig. Von da ab ist vom "Mitbestimmungsrecht" die Rede; siehe Vondrová: Dokumenty 193 oder 258.

<sup>87</sup> Schmidt-Hartmann: Tschechen und Sudetendeutsche 428.

<sup>88</sup> Vondrová: Dokumenty 185.

aber darüber hinaus hatten die Nationalsozialisten auch das "Selbstbestimmungserbe" der deutschen Sozialdemokratie übernommen. Für den 4. März 1939, dem 20. Jahrestag des von der Sozialdemokratie organisierten Generalstreiks, rüsteten die Nationalsozialisten überall im Sudetenland zu großen Gedenkfeiern, zu Siegesfeiern des Anschlusses an Deutschland. Damit war eine der tragenden Traditionslinien sozialdemokratischer Politik in der Tschechoslowakei gefährdet, ihr ein Teil des Selbstverständnisses entzogen. In der einzigen bisher zum 4. März erschienenen Monographie von 1939, der siegfeiernden Gedenkschrift von Oskar Lukas "4. März 1919. Das sudetendeutsche Blutopfer für Großdeutschland" wird dies klar ausgesprochen: "Und es mutet uns heute sonderbar an, daß die gleichen Leute, die damals als national fühlende Sozialdemokraten die Entschließung verfaßten, dann später den Zusammenschluß aller Deutscher auf das heftigste bekämpften und vor niedrigstem Verrat nicht zurückschreckten. "89 Im Vorfeld der Feiern zum 4. März 1939 reagierten die Sozialdemokraten, indem sie den durchschlagsmächtigen Begriff des Gegners in den eigenen Namen aufnahmen. Das war eine Flucht nach vorne, aber auf Wegen, die von hinten, von früher her festgelegt waren: Durch die Übernahme des Begriffs "sudetendeutsch" hatten sie sich in eine gewisse Politiklinie hineinmanövriert, die vielleicht ohne diesen Begriff leichter und klarer hätte verlassen werden können.

Die Begriffsübernahme soll keineswegs als Ursache, sondern vielmehr als Symptom eines mentalitätsgeschichtlich wirksamen Ensembles aus verschiedenen historischen Erfahrungen angesehen werden. Das Mythologem "4. März 1919 – Blutzeugen für die Freiheit" bildet den Kern dieses Ensembles, aus dem sich um die Blöcke

- "verweigertes und gewaltsam unterdrücktes Selbstbestimmungsrecht",
- "Anschluß an Deutschland" oder wenigstens "deutsche Autonomie", die harte irredentische Position also, sowie
- Definition als "deutscher Stamm" (= "deutsche Teilnation") in Verbindung mit nationalistischer Überbewertung des eigenen Volkstums<sup>90</sup> die sudetendeutsche Identität herausgebildet hat.

Das Grundmuster sudetendeutscher Identität ließe sich knapp wie folgt fassen: Wir haben, außer daß wir zu unserem Volk wollten, nichts Schlechtes getan, man hat uns aber mit Gewalt – die Toten stehen dafür ein – unser gutes Recht genommen, wir müssen unser Recht wieder bekommen. Die kollektive Vertreibung der Sudetendeutschen hat dieses Grundmuster – Verlust statt Recht – erneut bestätigt und bestärkt.

Die Irredenta, die Wiedergewinnung der Heimat als deutsches Land, in selbstbestimmter Entscheidung hat die Politik der sudetendeutschen Landsmannschaft von Anfang an geprägt. In der von Lodgman redigierten "Detmolder Erklärung" vom 24. Januar 1950 <sup>91</sup> findet sich folgende, den Vorwurf des Revanchismus durchaus bestätigende Passage: "In der Erkenntnis, daß Deutschland und die sudetendeutsche Volks-

<sup>89</sup> Lucas: 4. März 105.

<sup>&</sup>lt;sup>90</sup> Zur Selbstsicht der Sudetendeutschen als "deutsche Nation" siehe z. B. den Buchaufbau von H a b e l, Fritz Peter: Die Sudetendeutschen. München 1992. Darauf hat H a h n, Eva: BohZ36 (1995) 224–229, hier 224 in einer Besprechung eingehend hingewiesen.

<sup>91</sup> Seibt: Deutschland und die Tschechen 373.

gruppe in erhöhtem Maße nicht mehr Subjekt, sondern Objekt der internationalen Politik sind, sieht die sudetendeutsche Volksgruppe in der Aufklärungsarbeit in aller Welt ihre derzeit beste Außenpolitik. Sie will zum Zeitpunkt einer Gestaltungsmöglichkeit, die ihr die Wiedergewinnung ihrer Heimat verspricht, geschlossen bereit stehen, um dann ihr künftiges Schicksal aus eigener Verantwortung selbst entscheiden zu können." <sup>92</sup>

Der gewaltsame Verlust der Heimat ist im Sudetendeutschtum der Nachkriegszeit an jene Stelle getreten, die im früheren Diskurs die "Blutzeugen 4. März" innehatte. Die Kette "Selbstbestimmung - ihre gewaltsame Verweigerung: siehe das Blutopfer der 54 Toten - dennoch Kampf um Selbstbestimmung" ist in der mittleren Position ersetzt worden durch: "gewaltsame Vertreibung aus der Heimat". Der Aufbau und das Grundmuster sudetendeutscher Identität sind erhalten geblieben. Nur schuf die schlimme Tatsache der Vertreibung und Entwurzelung aus der Heimat ein weitaus größeres Zusammengehörigkeitsgefühl unter den Sudetendeutschen, als es dies jemals während ihrer Existenz in den böhmischen Ländern gegeben hatte.93 "Der Name [= sudetendeutsch, K.B.]", wie Hermann Bausinger zusammenfaßt, "erzeugte bis zu einem gewissen Grade diese Zusammengehörigkeit. Die Formierung der deutschen Volksgruppe in der und gegen die neu entstandene Tschechoslowakei nach dem Ersten Weltkrieg war in dem Namen vorgebildet; die Stereotypisierung, die hier einen politischen Interessenhintergrund hatte, schuf eine neue Realität. Die Ereignisse am Ende des Zweiten Weltkrieges verstärkten mittelbar das Stereotyp; was als "Schicksalsgemeinschaft' proklamiert und schmerzlich erfahren wurde, gab dem Begriff Sudetendeutsche zusätzlich Festigkeit und ließ Differenzierungen - nicht nur von außen gesehen, sondern auch im Autostereotyp - immer mehr zurücktreten." 94 Erst die Vertreibung und das Herausreißen aus dem ursprünglichen Alltagsleben hat, paradox genug, die Sudetendeutschen als soziokulturell homogene Gruppe - die gemeinsame Erfahrung des Heimatverlustes, des Neuanfangs in zwar deutscher, aber dennoch fremder Umgebung sowie der verklärende Blick auf die alte, verlorene Heimat 95 - entstehen lassen.

# Von erlösten und unerlösten Nationen

Robert Musil denkt im "Mann ohne Eigenschaften" über das Wort "erlösen" nach: "So viele Worte in einer großen Stadt in jedem Augenblick gesprochen werden, um die persönlichen Wünsche ihrer Bewohner auszudrücken, eines ist niemals darunter: das Wort "erlösen". [...] Niemals aber sagte ein lebendiger Mensch zu einem anderen "Du

<sup>&</sup>lt;sup>92</sup> Zitiert nach H a b e l : Sudetendeutsche 209.

<sup>93</sup> Schroubek: Region, passim, arbeitet heraus, daß das Sudetenland niemals eine soziokulturell homogene Region und auch nicht nach dem Anschluß an das 3. Reich eine Verwaltungseinheit gebildet habe.

Bausinger, Hermann: Name und Stereotyp. In: Stereotypvorstellungen im Alltagsleben. Beiträge zum Themenkreis Fremdbilder – Selbstbilder – Identität. Festschrift für Georg R. Schroubek zum 65. Geburtstag. Hrsg. v. Helge Gerndt. München 1988, 13–19, hier 13f.

<sup>95</sup> Zur Verklärung der Heimat und dem daraus resultierenden Kulturverständnis siehe Schmidt-Hartmann: Tschechen und Sudetendeutsche, 422 ff.

kannst mich erlösen' oder 'Sei mein Erlöser!' [...] Trotzdem nannten sich die unter Kakaniens Krone vereinigten Völker unerlöste Nationen!" <sup>96</sup>

Eine dieser unerlösten Nationen, die Tschechen, fanden in der Gründung ihres Staates die Erlösung; für die Deutschen der böhmischen Länder bedeutete das, daß sie nun ihrerseits ganz in alter österreichischer Tradition in die Rolle der unerlösten Nation rutschten. Die Formung der Identität um die "Blutzeugen" als Sudetendeutsche und deren Verschärfung durch die Vertreibung hat die "Schicksalsgemeinschaft" der Sudetendeutschen in der Rolle einer unerlösten Nation belassen, obwohl die Geschichte längst darüber hinweggegangen ist.

Zum 4. März 1994, dem 75. Jahrestag der hier besprochenen Ereignisse, hat der Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Franz Neubauer, eine Erklärung "75 Jahre sudetendeutsches Ringen um das Selbstbestimmungsrecht" herausgegeben. Liest man darin zum Beispiel: "Waren es 1919 Schüsse auf Unbewaffnete, so folgte 1945 die Vertreibung von mehr als 3 Millionen Menschen von Haus und Hof, aus ihrer Heimat, der Raub ihres Eigentums, die Ermordung vieler tausend Unschuldiger nur wegen ihrer Nationalität" <sup>97</sup>, dann findet man alle Versatzstücke sudetendeutscher Identität auf engstem Raum, freut sich, daß die säbelrasselnde Zukunftsmusik, die aus der Detmolder Erklärung heraustönt, gänzlich verschwunden ist, aber fragt sich dennoch, was denn im Jahre 1994 und folgende "Selbstbestimmungsrecht für Sudetendeutsche" im Klartext heißen könnte. Denn "Niederlassungsrecht" in der Tschechischen Republik kann kaum damit gemeint sein. Immer noch die zum Selbstbestimmungsrecht gehörende Irredenta?

"Irredenta" stammt aus dem italienischen Freiheitskampf und ist nichts anderes als eine Kurzform für "unerlöstes Land": "terra irredenta". Da ist kein Land, das nach Erlösung schreit; und Heimat haben alle Sudetendeutschen längst gefunden. "Iredenta", "Selbstbestimmungsrecht": Es wäre an der Zeit, daß sich die Sudetendeutschen selbst aus der Rolle einer "unerlösten Nation" der längst und für immer verschwundenen Doppelmonarchie entließen <sup>98</sup>.

<sup>&</sup>lt;sup>96</sup> Musil: Gesammelte Werke, Bd. 2, 517f.

<sup>&</sup>lt;sup>97</sup> Neubauer, Franz: 75 Jahre sudetendeutsches Ringen um das Selbstbestimmungsrecht. Erklärung des Sprechers der Sudetendeutschen Landsmannschaft zum 4. März 1994. Z.B. in: Karlsbader Zeitung 44 (1994) H 3, 1.

<sup>&</sup>lt;sup>98</sup> Ein besonderer Dank gilt Dr. Jindřich Pokorný, der eine erste Fassung kritisch gelesen und mir viele Anregungen gegeben hat.